



Wortprotokoll der 45. Sitzung

Ausschuss für Digitales

Berlin, den 11. Oktober 2023, 15:00 Uhr
10117 Berlin, Adele-Schreiber-Krieger-Str. 1
Sitzungssaal: MELH 3.101

Vorsitz: Tabea Rößner, MdB

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 1 Seite 05

Allgemeine Bekanntmachungen

Tagesordnungspunkt 2 - öffentlich - Seite 05

Bericht der Bundesregierung zu den
digitalpolitischen Plänen und Projekten
des Bundesministeriums für Ernährung
und Landwirtschaft
Gast im Ausschuss: Bundesminister Cem Özdemir

Selbstbefassung

Tagesordnungspunkt 3 Seite 17

Bericht der Bundesregierung zum aktuellen
Sachstand der Position der Europäischen Union
zur Weltfunkkonferenz, insbesondere mit Blick auf
die Kultur- und Medienfrequenzen

Selbstbefassung



Tagesordnungspunkt 4

Seite 25

Antrag der Fraktion der CDU/CSU

Sichere digitale Identitäten schnellstmöglich in Deutschland einführen

BT-Drucksache 20/5354

Federführend:

Ausschuss für Digitales

Mitberatend:

Ausschuss für Inneres und Heimat

Rechtsausschuss

Wirtschaftsausschuss

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz

Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Tagesordnungspunkt 5

Seite 30

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024 – HG 2024)

BT-Drucksache 20/7800

Federführend:

Haushaltsausschuss

Gutachtlich:

Ausschuss für Inneres und Heimat

Sportausschuss

Rechtsausschuss

Wirtschaftsausschuss

Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Ausschuss für Arbeit und Soziales

Verteidigungsausschuss

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Ausschuss für Gesundheit

Verkehrsausschuss

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz

Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Ausschuss für Bildung, Forschung und

Technikfolgenabschätzung

Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Ausschuss für Tourismus

Ausschuss für Kultur und Medien

Ausschuss für Digitales

Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen

Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

a) Einzelplan 06 (Bundesministerium des Innern und für Heimat)

b) Einzelplan 09 (Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz)



Tagesordnungspunkt 6 **Seite 41**

Antrag der Fraktionen der CDU/CSU

**Schiene in die Zukunft führen –
Deutsche Bahn AG neu aufstellen**

BT-Drucksache 20/7350

Federführend:

Verkehrsausschuss

Mitberatend:

Rechtsausschuss

Wirtschaftsausschuss

Ausschuss für Digitales

Ausschuss für Klimaschutz und Energie

Haushaltsausschuss

Tagesordnungspunkt 7 **Seite 41**

**Der neue europäische Rahmen für urbane
Mobilität**

**Entschließung des Europäischen Parlaments vom
9. Mai 2023 zum neuen europäischen Rahmen für
urbane Mobilität (2022/2023(INI))**

P9_TA(2023)0130

Federführend:

Verkehrsausschuss

Mitberatend:

Wirtschaftsausschuss

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit
und Verbraucherschutz

Ausschuss für Digitales

Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und
Kommunen

Ausschuss für Klimaschutz und Energie

Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen
Union

Tagesordnungspunkt 8 **Seite 41**

Verschiedenes

Tagesordnungspunkt 9 **Seite 42**

Gesetzentwurf der Bundesregierung

**Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung
verwaltungsverfahrenrechtlicher Vorschriften
(5. VwVfÄndG)**

BT-Drucksache 20/8299

Federführend:

Ausschuss für Inneres und Heimat

Mitberatend:

Rechtsausschuss

Ausschuss für Digitales

Gutachtlich:

Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung

Tagesordnungspunkt 10 **Seite 42**

Gesetzentwurf der Fraktionen SPD, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN und FDP

**Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des
Lobbyregistergesetzes**

BT-Drucksache 20/7346

Federführend:

Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und
Geschäftsordnung

Mitberatend:

Ausschuss für Inneres und Heimat

Rechtsausschuss

Wirtschaftsausschuss

Ausschuss für Digitales

Haushaltsausschuss

**Mitglieder des Ausschusses**

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
SPD	Becker, Dr. Holger Kassautzki, Anna Klüssendorf, Tim Marvi, Parsa Mesarosch, Robin Mieves, Matthias David Schätzl, Johannes Wagner, Dr. Carolin Zimmermann, Dr. Jens Zorn, Armand	Bartz, Alexander Diedenhofen, Martin Esken, Saskia Hakverdi, Metin Leiser, Kevin Müller (Chemnitz), Detlef Papendieck, Mathias Schneider, Daniel Träsnea, Ana-Maria Werner, Lena
CDU/CSU	Biadacz, Marc Brandl, Dr. Reinhard Durz, Hansjörg Hoppermann, Franziska Jarzombek, Thomas Kemmer, Ronja Reichel, Dr. Markus Santos-Wintz, Catarina dos Zippelius, Nicolas	Bär, Dorothee Hahn, Florian Hauer, Matthias Heilmann, Thomas Henrichmann, Marc Metzler, Jan Müller, Florian Schön, Nadine Steiniger, Johannes
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Außendorf, Maik Bacherle, Tobias B. Grütmacher, Sabine Khan, Misbah Rößner, Tabea	Bär, Karl Christmann, Dr. Anna Gelbhaar, Stefan Klein-Schmeink, Maria Notz, Dr. Konstantin von
FDP	Funke-Kaiser, Maximilian Mordhorst, Maximilian Redder, Dr. Volker Schäffler, Frank	Föst, Daniel Höferlin, Manuel Konrad, Carina Kruse, Michael
AfD	Benkstein, Barbara Naujok, Edgar Schmidt, Eugen Storch, Beatrix von	Höchst, Nicole Janich, Steffen König, Jörn Wiehle, Wolfgang
DIE LINKE.	Domscheit-Berg, Anke Sitte, Petra, Dr.	Pau, Petra Reichinnek, Heidi
fraktionslos	Cotar, Joana	



Vor Eintritt in die Tagesordnung

Die Vorsitzende **Tabea Rößner**: Wir beginnen mit dem nicht-öffentlichen Teil der Ausschusssitzung. Ich bitte darum, dass sich nur noch Abgeordnete und beim Sekretariat angemeldete Personen im Saal beziehungsweise in der virtuellen Sitzung befinden. Vielen Dank. Ich begrüße herzlich die Ausschussmitglieder und weise darauf hin, dass die Abgeordnete Ronja Kemmer (CDU/CSU) aufgrund eines begründeten Ausnahmefalls virtuell teilnimmt. Dann begrüße ich sehr herzlich Cem Özdemir, der heute hier ist, unser Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft. Herzlich willkommen. Schön, dass es geklappt hat.

BM **Cem Özdemir** (BMEL): Danke sehr.

Die **Vorsitzende**: Ich begrüße noch weitere Gäste bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten. Die Obleute haben sich darauf verständigt, dass heute folgender Beschluss des Ausschusses herbeizuführen ist: In der heutigen Sitzung soll der Tagesordnungspunkt (TOP) 3, Bericht der Bundesregierung zum aktuellen Sachstand der Position der Europäischen Union zur Weltfunkkonferenz, insbesondere mit Blick auf die Kultur- und Medienfrequenzen, nichtöffentlich beraten werden. Hierzu ist ein Beschluss des Ausschusses erforderlich. Gibt es hierzu Einwände?

Abg. **Anke Domscheit-Berg** (DIE LINKE.): Wir hatten erst ein öffentliches Fachgespräch geplant. Dann hatten wir einen öffentlichen internen Bericht geplant. Jetzt ist nicht einmal mehr dieser öffentlich. Ich finde, dass das dem öffentlichen Interesse des Themas nicht gerecht wird. Deswegen hatte ich die Öffentlichkeit beantragt und werde dann auch dagegen stimmen.

Die **Vorsitzende**: Es ist Widerspruch gegen diesen Beschluss geäußert worden. Ich weise darauf hin, dass wir gesagt haben, wenn es neue Erkenntnisse gibt heute, die wir hoffentlich im nicht-öffentlichen Teil bekommen, dann wird es möglicherweise einen Nachfolgetermin mit Gästen geben. Wir hatten uns aber in der Obleuterunde darauf verständigt, jetzt keine Debatte dazu aufzumachen.

Der Ausschuss beschließt, den Tagesordnungspunkt 3 „Bericht der Bundesregierung zum aktuellen Sachstand der Position der Europäischen Union zur Weltfunkkonferenz, insbesondere mit

Blick auf die Kultur- und Medienfrequenzen“ in seiner heutigen Sitzung nicht-öffentlich zu beraten.

Tagesordnungspunkt 1

Allgemeine Bekanntmachungen

Die **Vorsitzende**: Zu TOP 1, allgemeine Bekanntmachungen, wichtige Informationen aus dem Obleutegespräch sind wie folgt: Für TOP 3 ein Eingangsstatement vom BMDV von fünf Minuten, dann eine Debattenrunde mit einer Redezeit von fünf Minuten pro Fraktion. Für TOP 4 eine Debattenrunde mit einer Redezeit von fünf Minuten pro Fraktion. Für TOP 5 a) und b), das ist die verbundene Debatte zu den Haushalten vom Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) und vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK), je drei Minuten Eingangsstatement und dann zwei Debattenrunden mit einer Redezeit von fünf Minuten pro Fraktion. Dann haben wir als Reihenfolge erst die Abstimmungen und Kenntnisnahmen zu TOP 7 und 10, die TOP 6 und 9 wurden vertagt. Dann folgen die nichtöffentlichen TOP 3, 4 und 5 und als letztes TOP 8 Verschiedenes.

Tagesordnungspunkt 2 - öffentlich -

Bericht der Bundesregierung zu den digitalpolitischen Plänen und Projekten des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

Gast im Ausschuss: Bundesminister Cem Özdemir

Selbstbefassung

Die **Vorsitzende**: Wir starten nun direkt mit Tagesordnungspunkt 2. Hierfür haben sich die Obleute auf ein Eingangsstatement des Bundesministers Cem Özdemir von fünf Minuten und zwei Debattenrunden mit einer Redezeit von fünf Minuten pro Fraktion verständigt. Damit kommen wir zum öffentlichen Teil. Ich eröffne den öffentlichen Tagesordnungspunkt des Ausschusses für Digitales. Dieser Teil wird live im Internet übertragen und ist anschließend in der Mediathek des Deutschen Bundestages auf bundestag.de abrufbar. Die Besucherinnen und Besucher möchte ich darauf hinweisen, auch wenn die Sitzung öffentlich ist, ist das Fertigen von Ton- oder Videoaufnah-



men während der Sitzung nicht zulässig. Entsprechende Geräte sind daher abzuschalten. Zuwiderhandlung gegen dieses Gebot können nach dem Hausrecht des Deutschen Bundestages nicht nur zu einem dauernden Ausschluss von den Sitzungen dieses Ausschusses sowie des ganzen Hauses führen, sondern können auch strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen. Wir haben im Ausschuss zu Gast, erstmalig in dieser Legislaturperiode, den Bundesminister Cem Özdemir. Herzlich willkommen. Wir haben noch eine weitere Gästin: Frau Prof. Dr. Engel Arkenau. Sie ist die Leiterin der Unterabteilung „Digitale Innovation“ im Ministerium. Herzlich willkommen auch an dieser Stelle. Dann kommen wir jetzt zum Bericht, ich übergebe das Wort an Herrn Cem Özdemir.

BM Cem Özdemir (BMEL): Sehr geehrte Frau Vorsitzende, liebe Tabea, liebe Mitglieder des Ausschusses. Ich freue mich sehr heute, dass ich hier berichten darf und dass wir ins Gespräch kommen. Lassen Sie mich vorab sagen, jetzt angesichts der schrecklichen Terrorereignisse gegenüber Israel: Gerade in dem Bereich haben wir eine sehr gute Zusammenarbeit, einen engen Austausch, denn Israel ist eines der führenden Länder, was das Thema Einsatz von Digitalisierung in vielfältigen Bereichen angeht, aber insbesondere auch im Bereich Landwirtschaft. Wir werden das, sobald es möglich ist, wieder fortsetzen, intensivieren. Zweitens ein guter Zeitpunkt, dass Sie das ausgesucht haben, denn diese Woche, bei den Regierungskonsultationen in Hamburg zwischen Frankreich und uns, war das Thema insgesamt auch auf der Tagesordnung. Richard Socher, den vielleicht manche hier kennen, das ist der Gründer von you.com, Salesforce, hat dort zum zweiten Mal berichtet. Ich habe mit ihm einen engen Austausch über das Thema, wie können wir das, was die KI (Künstliche Intelligenz) zur Verfügung stellt, was da kommt an disruptiver Veränderung, auch für unseren Bereich in der Landwirtschaft nutzen. Wir haben uns einige spannende Dinge vorgenommen, aber dazu vielleicht gerne später mehr. Zunächst will ich sagen, dass mir das Thema als Querschnittsaufgabe sehr am Herzen liegt und uns quasi täglich beschäftigt, und das schließt auch die KI ausdrücklich mit ein. Dabei denkt man vielleicht nicht immer als erstes gleich an das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, wenn man an das Thema denkt. Wir sind auch nicht federführend, aber doch bei allen Themen

irgendwie immer ein bisschen mit dabei. In der Praxis ist es so: Wenn Sie heute auf den landwirtschaftlichen Betrieb gehen, dann sehen Sie längst Digitalisierung in der Anwendung, ob es ein Melkroboter ist, der gleichzeitig erfasst, wie es dem Tier geht, und das übrigens – obwohl die meisten Bauern ihre Tiere gut kennen – viel präziser, als das der Mensch kann, manchmal quasi schon, bevor die Krankheit sich anmeldet. Wir kennen das alle, wenn wir eine drohende Erkältung bekommen, dann verändert sich etwas in unserem Verhalten. Das kann man messen. Aber hier haben wir die Möglichkeit, das präzise zu erfassen, was natürlich mit wenig Fantasie vorstellbar, immense Chancen eröffnet für die Tiergesundheit und viele Vorteile mit sich bringt. Das digitale Erfassen, das Annehmen von neuen Entwicklungen passiert längst in unserer Landwirtschaft. Landwirtschaft 4.0 ist in den Ställen, aber eben auch auf den Äckern längst Realität. Unser Ziel ist es als Bundesministerium, diesen Spirit entsprechend zu unterstützen und zu schauen, wie kann man die Projekte extrapolieren und auf die ländlichen Räume übertragen. Insofern lege ich Wert darauf, dass ich im Bundeskabinett auch der Minister für ländliche Räume bin. Auch da habe ich ein Interesse daran, dass dieser Teil nicht zu kurz kommt. Vielleicht von zwei Themen als Einstieg aus meinem Geschäftsbereich kurz berichtet: Erstens, wie wir alle wissen, stehen wir vor immensen Herausforderungen, mit denen die Landwirtschaft konfrontiert ist. Da gibt es verschiedene Ebenen, manchmal gesetzlich – ich will das hier auch sehr offen sagen, es ist ganz wichtig, dass wir jetzt auch nicht ins andere Extrem verfallen und so tun, als ob die Digitalisierung Wunder vollbringt und dazu führt, dass am Ende des Tages die harte Arbeit von Landwirten komplett zu ersetzen ist. Das ist nicht der Fall. Das wird auch nicht der Fall sein, aber sie ist sehr wichtig und sie hilft uns. Sie sind, so sehen wir es, innovationsfördernd und technologieoffen in vielen Bereichen. Mein Haus fördert beispielsweise die Entwicklung und Anwendung digitaler Techniken im Stall und auf dem Acker, wenn es um Umwelt- und Tiererschutz geht, wenn es um gesündere Arbeitsbedingungen geht, wenn es um mehr wirtschaftliche Perspektiven in den ländlichen Räumen geht. Nachher haben wir sicherlich Zeit, das zu vertiefen. Beispielsweise durch 14 Experimentierfelder in Dingen Digitalisierung in der Landwirtschaft, aber auch die kürzlich gestarteten zwölf Experi-



mentierfelder als Zukunftsbetriebe und Zukunftsregionen und das jeweils bundesweit verteilt. Allein hieran beteiligen sich tausend oder über tausend landwirtschaftliche Betriebe, etwa 600 Betriebe aus dem vor- und nachgelagerten Bereich, sowie fast 90 Startups. Der Wissenstransfer in die Praxis wird durch ungefähr 2.000 Fachveranstaltungen, über 600 Publikationen entsprechend gefördert, aber auch die gemeinsame Website der Projekte farmwissen.de fördert es maßgeblich. Dort können Sie auch über zahlreiche Praxisbeispiele Informationen bekommen. Dazu zählen zum Beispiel digitale Anwendungen. Ich habe das gerade vorher angedeutet, wo man Atemwegserkrankungen bei Schweinen unter anderem auch durch Videoüberwachung oder Audioüberwachung bis zu fünf Tage früher erkennen kann. Derzeit laufen 36 Projekte in Dingen KI. Beispielsweise, um Unkräuter präzise zu erkennen, um dadurch die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln einzuschränken. Aktuell mit Blick auf die Sustainable Use-Regulation ganz wichtig, wo wir die Ziele erreichen können, aber das Ganze ebenso, dass wir die Landwirtschaft mitnehmen. Letzter Punkt: Digitalisierung in ländlichen Räumen. Das Thema flächendeckende Versorgung mit Glasfaser, neuester Mobilfunkstandard, betrifft uns da ganz massiv, denn es ist einfach Voraussetzung dafür, dass ländliche Räume nicht abgehängt werden.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Das ist auch genau das Thema hier im Ausschuss, mit dem wir befasst sind, was die Versorgung mit schnellem Internet angeht. Als erstes hat für die SPD Johannes Schätzl das Wort.

Abg. **Johannes Schätzl** (SPD): Vielen Dank. Vielen Dank, Herr Minister. Ich würde Ihnen bei Ihrem Eingangsstatement zustimmen, dass die subjektive Wahrnehmung der Digitalisierung der Landwirtschaft eine deutlich andere ist in Teilen, als was wir objektiv tatsächlich feststellen. Wir müssen feststellen, dass die Landwirtschaft in ganz, ganz großen Gebieten bereits digital arbeitet. Meine Eingangsfrage wird sich auf Ihren letzten Punkt beziehen, also tatsächlich auf das Thema Infrastruktur. Wir haben mit Land.Funk ein Förderprogramm, was genau in die gigabitfähigen Netze hineingeht. Jetzt wurden fünf Projekte ausgewählt. Können Sie uns noch einmal sagen, nach welchen Kriterien diese Projekte ausgewählt wurden?

BM **Cem Özdemir** (BMEL): Vielen Dank für die Frage, Kollege Schätzl. Mit Land.Funk fördert mein Haus im Rahmen des Bundesprogramms Ländliche Entwicklung und Regionale Wertschöpfung (BULEplus) die Entwicklung und Erprobung von digitalen Lösungen in Dingen Nutzung von gigabitfähigen Mobilfunknetzen und der Daseinsfürsorge in ländlichen Räumen. Das Ziel der Bundesregierung, in der Koalitionsvereinbarung festgehalten, ist gleichwertige Lebensverhältnisse. Da ist es ein entscheidender Game Changer. Ziel der Fördermaßnahme ist, vorhandene und in den Kontexten entwickelte technische Möglichkeiten und Ansätze für die ländlichen Räume nutzbar zu machen sowie diese möglichst nutzerorientiert anzupassen und weiterzuentwickeln. Wir sind ein ganzes Stück vorangekommen bei der Abdeckung in den ländlichen Räumen. Aber es ist nach wie vor für das, was ich gerade im Eingangsstatement gesagt habe, um das alles nutzen zu können, ganz entscheidend, dass wir das überall schaffen. Lassen Sie mich mit Blick auf die Zeit vielleicht nur einen kurzen Punkt ansprechen, den ich mir neulich angeschaut habe. Da geht es um Lebensrettung in Wäldern, wenn jemand sich verläuft, beispielsweise mit Demenz, und es gibt praktisch keine Netzabdeckung. Ein riesiges Problem. Die Leute sind verloren. Da kann man mit Suchhunden sicherlich arbeiten. Aber das geht auch nur eingeschränkt. Da haben wir drohnenbasierte Systeme, die wir fördern, die genau in solchen Situationen versuchen, die Netzabdeckung zu verbessern. Es wird nicht realistischerweise so sein, dass wir das überall über die Giganetze kurzfristig schaffen werden, darum müssen wir auch mit solchen flexiblen Dingen arbeiten, um dafür zu sorgen, dass wir möglichst eine gute Abdeckung haben.

Abg. **Johannes Schätzl** (SPD): Vielen Dank. Stichwort Koalitionsvertrag. Wir haben uns im Koalitionsvertrag darauf verständigt, dass wir, Zitat aus dem Koalitionsvertrag: „Eine echte Plattform schaffen, um landwirtschaftliche Daten voranzubringen.“ Jetzt gab es letztes Jahr auch Mittel dafür im Haushalt, die für diesen Zweck nicht eingesetzt wurden. Deswegen meine konkrete Frage: Wie definiert Ihr Haus eine echte Plattform und wie sieht der Plan für die nächsten Jahre aus?



BM Cem Özdemir (BMEL): Das Thema Mittelabfluss ist ein generelles Problem, das wir immer bei den Projekten haben. Da arbeiten wir dran, dass das besser wird, indem wir auch schauen, dass es möglichst flexibler wird, sodass die Mittel tatsächlich auch genutzt werden und nicht verfallen. Das kann ich Ihnen jetzt im konkreten Beispiel nicht sagen. Prof. Arkenau, können Sie das vielleicht ergänzen?

Prof. Dr. Engel Friederike Arkenau (BMEL): Bei der Plattform sind wir dabei, die Open Data-Plattform bereitzustellen. Da läuft es weiter. Wir haben in diesem Haushalt zusätzlich drei Millionen für dieses Jahr bekommen. Es ist schwierig, diese große Summe innerhalb dieses Jahres zu veranlagen, denn das bedarf einer gewissen Planung vorab. Insofern sind wir dabei für die Plattformen, für die Gesundheitsplattform und für die Agrarplattform, gemeinschaftlich mit den Ländern. Das Problem ist bei der Agrardatenplattform, dass die meisten Daten, die auf dieser Plattform liegen sollen, in Länderhoheit sind. Wir haben eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe gegründet. Wir haben uns auf eine einheitliche IT-Infrastruktur geeinigt. Das ist letztens bei der AMK (Agrarministerkonferenz) auch beschlossen worden. Mittlerweile können wir auf der Agrardatenplattform die Verlinkung zu den Ländern sehen, das ist aktiv. Wir haben Kooperationen jetzt auch mit dem Deutschen Wetterdienst, dass auch die Daten jetzt auf dieser Plattform liegen werden, sodass auch die agrarmeteorologischen Daten zur Verfügung gestellt werden. Unser Ziel ist es tatsächlich, Open Data nicht nur Bundes-Open Data, sondern auch Landes-Open Data auf dieser Plattform zur Verfügung zu stellen.

BM Cem Özdemir (BMEL): Eine ganz kurze Ergänzung. Die Mehrheit der Daten, wie Prof. Arkenau gesagt hat, sind bei den Ländern. Was wir machen, ist über Verschlagwortung, über Suchbegriffe, das möglichst handhabbar zu machen. Eines der Themen, das wir mit den KI-Experten besprechen, ist, ob wir nicht quasi das ein bisschen überspringen können, dass wir unterschiedliche Software haben über die Nutzung von KI.

Die **Vorsitzende:** Vielen Dank. Für die CDU/CSU-Fraktion hat Herr Metzler das Wort.

Abg. **Jan Metzler (CDU/CSU):** Frau Vorsitzende, Herr Minister, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich

möchte mich zunächst für Ihre Ausführungen bedanken und die Möglichkeit, mit Ihnen ins Gespräch zu kommen. Ich kann das bestätigen, was die Vorredner allesamt im Positiven gesagt haben in Bezug auf die Nutzung von Digitalität im Bereich der Landwirtschaft. Ich bin selbst gelernter Winzer und kann das am eigenen Betrieb in Anschauung auch entsprechend aus der täglichen Nutzung dokumentieren, möchte aber gleichsam einen ersten Aspekt aufwerfen: Es ist Tatsache, dass das auch mit sehr hohen Investitionen in den jeweiligen Betrieben einhergeht. Im Zuge dieser Transformation, die sich dadurch automatisch ergibt, wie sieht Ihr Haus im Endeffekt die Mitnahme von kleineren und mittleren Betrieben versus Konzentrationsprozesse, die automatisch damit auch einhergehen?

BM Cem Özdemir (BMEL): Ich habe den letzten Punkt nicht verstanden.

Abg. **Jan Metzler (CDU/CSU):** Ich mache es plastisch. Wenn Sie heutzutage einen hochtechnisierten Einsatz eines kleinen Schleppers, beispielsweise, einbringen wollen, mit allen notwendigen Datenapplikationen und Stand der Technik – State of the Art, dann haben Sie heute im Weinbau ein Investitionsvolumen von 80.000 bis 120.000 – ich sage jetzt nicht, welche Marke – bis 140.000 Euro. Wohlgedacht, daraus ergibt sich automatisch auch die Notwendigkeit, dann eben insbesondere kleine und mittelständische Betriebe, die vor große Veränderungen – auch finanzieller Art – in dem Zusammenhang gestellt sind, mitzunehmen. Ganz konkret, wie sieht Ihr Haus die Förderung im Bereich solcher Technik, wenn es darum geht, kleine und mittelständische Betriebe mitzunehmen?

BM Cem Özdemir (BMEL): Da habe ich es verstanden, vielen Dank. Sie sprechen einen wichtigen Punkt an, die Transformation der Landwirtschaft ohne Geld wird nicht funktionieren, denn das sind einfach zum Teil sehr teure Anschaffungen. Ich hatte gestern Abend eine Veranstaltung mit einer Landwirtin, die das selbst anwendet. Das sind zum Teil Anschaffungen von sechsstelligen Beträgen. Man kann sich leicht vorstellen, dass das aus dem Netto ohne Weiteres nicht finanzierbar ist. Deshalb machen wir neben den Projekten wie den Experimentierfeldern Digitalisierung in der Landwirtschaft und den 12 Experimentierfeldern als Zukunftsbetriebe, Zukunftsregionen und den 36 Projekten zu Künstlicher Intelligenz, beispie-



weise auch Startup-Förderung mit der Landwirtschaftlichen Rentenbank, in der eigenen Ressortforschung über das Thünen-Institut und versuchen, das möglichst schnell in die Anwendung zu bringen. Was wir aber zusätzlich machen, ist im Rahmen des Investitionsprogramms Landwirtschaft ganz konkret die Anschaffung von digitalen Technologien entsprechend zu unterstützen. Wir helfen da. Aber natürlich würde ich Ihnen ein X für ein U vormachen, wenn ich sagen würde, dass das reicht und dass das vor allem in der Fläche reicht. Es geht darum, das so weit voranzubringen, dass es skalierbar ist, dass es am Ende – im Prinzip wie bei der Mobilitätswende – nachher so weit ist, dass es bezahlbar ist. Aber es wird auch auf Modelle ankommen, wo man sich die Technologie beispielsweise gemeinsam teilt. Auch diese Dinge sind ganz entscheidend. Lassen Sie mich das nur sagen. Die gute Nachricht ist, wir sind da nicht so schlecht. Unsere Standorte an den Universitäten sind mit führend in der Welt. Wir sind bei den Startups ganz gut aufgestellt. Und mein Interesse ist, dass da möglichst viel Made in Germany dabei ist. Also nicht nur in der Nutzung, in der Landwirtschaft, sondern auf der anderen Seite. Diejenigen, die die Produkte herstellen – auch da haben wir natürlich ein Interesse, denn das sind immense Zukunftsmärkte, dass wir als Europäer und als Deutsche vorne mit dabei sind.

Abg. **Jan Metzler** (CDU/CSU): Das teile ich. Mein Appell war auch nur, wie gesagt, die kleinen mittelständischen Strukturen in diesem Zusammenhang mit einem entsprechenden Augenmerk auszustatten. Sie haben die Experimentierfelder angesprochen. Die laufen jetzt schon eine Zeit. Einige sind auch in die Verlängerung gegangen. Welche Schlüsse ziehen Sie als Zwischenbilanz aus diesen Experimentierfeldern?

BM **Cem Özdemir** (BMEL): Bis jetzt eine positive, soweit wir es beurteilen können, denn es geht nicht nur darum, dass wir die Experimentierfelder haben, sondern dass wir das Wissen, das dort erworben wird, dann in der Fläche zur Anwendung bringen. Denn warum macht man so etwas? Das Geld, das flächendeckend zu machen, hat man nicht. Also probiert man, verteilt auf die Bundesrepublik Deutschland, bestimmte Modellbetriebe und versucht, das Wissen dort zu testen. Das, was dort erworben wird, das kommt dann in die Fläche. Es geht dabei um Wissenstransfer, ganz konk-

ret. Da sind wir ganz gut aufgestellt, begleiten das auch wissenschaftlich, um zu schauen, was können wir besser machen, was können wir optimieren. Das sind unterschiedliche Dinge. Was ich mir neulich angeschaut habe, ist zum Beispiel das Thema Ammoniakausstoß. Wie können wir die Ställe so bauen, dass wir auch da künftig wirksamer, besser werden, bis zum Thema, das wir jetzt besprochen haben, mit dem Richard Socher – oder ich nenne ihn schon englisch, Richard Socher, ist ein Deutscher – das Thema, wie können wir das Futter so zusammensetzen, dass wir darüber beispielsweise auch einen Beitrag leisten können. Ich sage es einmal so, selbst wenn man nicht technikbegeistert ist, das kann einen wirklich anfixen, wenn man den Leuten zuhört und sieht, was die da an Potenzial sehen für die Erreichung der Ziele beim Klimaschutz, beim Artenschutz, beim Tierschutz.

Die **Vorsitzende**: Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Karl Bär.

Abg. **Karl Bär** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Guten Nachmittag, sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrter Herr Minister, schön, dass wir uns in dem Zusammenhang einmal sehen, und nicht bloß im Agrarausschuss. Es ist so, dass die Landwirtschaft ein extrem digitalisierter Bereich unserer Wirtschaft jetzt schon ist. Man sieht es sowohl bei den tierhaltenden Betrieben, als auch im Ackerbau, bei einer ganzen Menge ist die Technik schon im Einsatz. Diese Technik ist dann an vielen Stellen auch so gebaut, dass sehr viele Daten gesammelt werden. Dabei entsteht das Problem potenzieller Lock-in-Effekte, wenn ich als Landwirt den Anbieter meiner Technik wechseln möchte, aber die Daten, die bisher zum Beispiel in meiner Rinderherde gesammelt wurden, nicht mitnehmen kann, dann habe ich ein Problem. Daraus ergibt sich jetzt für mich die Frage: Was tun wir seitens der Politik? Erstens, um zu verhindern, dass es Lock-in-Effekte gibt, und um den Landwirten ihre Datenhoheit zu sichern. Zweitens sehen wir nicht auch Potenziale dafür, über Startups oder auch auf der Ebene landwirtschaftlicher Erzeugergenossenschaften, zum Beispiel, mit diesen Daten noch einmal einen Zusatzpunkt im Sinne von Dienstleistungen, die die Landwirtschaft auch nutzen kann, zu schaffen?

BM **Cem Özdemir** (BMEL): Das kennt der eine oder andere, die ein oder andere, wie das früher bei uns war, wenn man als Normalsterblicher ei-



nen Anbieterwechsel machen wollte. Gott sei Dank ist es mittlerweile leichter, man kann sogar die Telefonnummer mitnehmen. In der Landwirtschaft, zum sogenannten Lock-in-Effekt streben wir an, den nach Möglichkeit zu minimieren. Das machen wir, indem wir untereinander aktiv im Bereich der Digitalisierung sind. Die auf landwirtschaftlichen Betrieben eingesetzten Technologien unterscheiden sich häufig nicht nur in ihrem Digitalisierungsgrad oder auch im Nutzen voneinander, sondern auch im Herstellerspektrum. Die verwendeten Standards sind bekanntlich oft uneinheitlich. Dabei geht es darum, die gegebenen Potenziale und Synergien möglichst optimal zu nutzen sowie digitale Lock-in-Effekte möglichst zu minimieren. Denn der Bedarf an einer Kommunikation zwischen den eingesetzten Technologien – also das Stichwort Interoperationalität und ein Wechsel ohne Anbieterwechsel – Portabilität – muss möglich sein. Wir erwarten jetzt gerade den European Data Act auf europäischer Ebene, der zu beiden Punkten nach dem, was wir wissen, Verbesserungen beinhalten soll und hoffentlich dafür sorgt, dass das künftig leichter möglich ist. Ich will es einmal so sagen: Der größere Teil des Kuchens ist in Brüssel bei dem Thema, was die Regulierung angeht. Wir werben in Brüssel sehr stark dafür, dass das möglichst in dem Sinne, wie Sie es gefragt haben, gelöst wird, möglichst schnell und möglichst gerne auch noch in dieser Legislaturperiode ein Vorschlag kommt. Zusätzlich haben wir für die künftig bessere Interoperabilität aktuell eine Bekanntmachung veröffentlicht. Dadurch minimieren wir die Auswirkungen von digitalen Lock-in-Effekten.

Abg. **Karl Bär** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. Ich schließe da direkt an. Es wäre schön, wenn wir Verbesserungen in dem Bereich hätten, auch über offene Schnittstellen und Open Source-Software. Ist dem BMEL bekannt, ob es in dem Bereich Relevantes gibt, was man fördern könnte? Vielleicht auch in dem Zusammenhang: Da geht es auch darum, wie nutzen die Landwirte diese Daten, die über sie und ihre Betriebe gesammelt werden. Da ist auch eine Kompetenz auf Seiten der Landwirtinnen und Landwirten vonnöten und nicht nur die Investition in Technik. Haben wir Pläne für die Investition auch in die Köpfe, und zwar nicht nur in der Ausbildung, sondern auch bei den Leuten, bei denen die Ausbildung schon eine Zeitlang zurückliegt?

BM **Cem Özdemir** (BMEL): Das machen wir über die Experimentierfelder. Wir nutzen das auch im Rahmen eines anderen Projekts, nämlich der Entbürokratisierung, wie wir das Wissen der Landwirte nutzen können. Ein großes Ärgernis, das einem überall begegnet. Je kleiner der Hof, umso größer das Ärgernis – Sie kennen das aus Ihrem Wahlkreis –, dass man die Daten mehrfach eingeben muss. Und es sind immer wieder dieselben Daten. Es muss eigentlich im 21. Jahrhundert möglich sein, das klüger digital zu lösen. Zum ersten Teil der Frage würde ich an Professorin Arkenau abgeben.

Prof. Dr. Engel Friederike Arkenau (BMEL): Ja, Sie haben recht. Wir müssen das Wissen zu den Landwirten bringen und nicht nur die Technik fördern. Das ist tatsächlich das Ziel der digitalen Experimentierfelder. Herr Bundesminister hat das schon angesprochen, dass wir viele Fachveranstaltungen durchführen und auch Kongresse, Publikationen vor Ort für die Landwirtefortbildung machen. Wenn Sie Zeit haben, auf www.farmwissen.de zu gehen, da ist ein Wiki angelegt worden für die Fachbegriffe im Bereich Digitalisierung in der Landwirtschaft. Da werden die einzelnen Prozesse beschrieben, wie Digitalisierung angewendet werden kann.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Für die FDP-Fraktion Carina Konrad.

Abg. **Carina Konrad** (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Vielen Dank, Herr Özdemir, für die Ausführungen zu dem in meinen Augen wichtigsten Thema: Digitalisierung in der Landwirtschaft. Das ist kein Selbstzweck, sondern es hat auch wirklich handfeste Gründe, warum digitale Hilfsmittel seit Anbeginn in der Landwirtschaft wirklich forciert eingesetzt werden, nämlich da Arbeitskräfte knapp sind und die Anforderungen auch von Seiten der Politik immer weiter steigen. Sie haben die Experimentierfelder angesprochen, haben auch schon angedeutet, was wirklich schon erreicht wurde, was an Wissen schon generiert wurde. Es wäre vielleicht ganz hilfreich, wenn man noch verdeutlichen könnte, gerade in dieser Runde: Wo stehen wir konkret jetzt mit den Experimentierfeldern? Planen wir eine Ausweitung der Experimentierfelder? Oder sind wir auch schon an einem Punkt, wo wir sagen, wir haben wirklich jetzt jede Menge Wissen gesammelt und können damit aktiv ins Tun kommen?



BM **Cem Özdemir** (BMEL): Vielen Dank, Frau Kollegin Konrad. Erstmal will ich das unterstreichen, was Sie zu Beginn gesagt haben: Dass es kein Selbstzweck ist. Das ist nicht die Überschrift der Digitalisierung, sondern die Überschrift der Landwirtschaft. Digitalisierung ist ein Tool, ist ein Werkzeug im Werkzeugkasten, allerdings eines, das an Bedeutung ständig zunimmt, jetzt noch einmal ergänzt durch KI. Das Zweite, was Sie gesagt haben zu Arbeitskräften, teile ich auch sehr. Wir sind ein Hochlohnstandort, das gilt auch für die Landwirtschaft. Zu Recht haben wir einen Mindestlohn, und den Mindestlohn, den setzen wir auch ein, beispielsweise bei Saisonarbeitskräften. Gleichzeitig haben wir das Ziel, dass wir bei Obst und Gemüse, wo wir zwischen 30 und 40 Prozent sind bei der Selbstversorgung, nicht weiter heruntergehen. Da besteht ein logischer Widerspruch, denn die Kosten werden höher, die Konkurrenz ist deutlich preiswerter. Also ist man gezwungen, in den Bereich zu gehen und dort alles, was irgendwie geht, durch Digitalisierung, durch Automatisierung möglichst effizient zu gestalten, damit der Faktor Lohn wegfällt. Aber das hat eine logische Grenze, wo die Handarbeit – Stichwort Spargelstechen – bis jetzt zumindest nicht ersetzt werden kann. Alles andere macht man. Übrigens ist im Ausland zum Teil der Druck noch viel krasser. Im Rahmen von G7 war ich in Japan, und in Japan ist das Problem, dass die Landwirte keine Nachfolge finden, denn die Jungen wollen die Arbeit nicht machen, und sie sind gezwungen, damit sie angesichts der Bedrohung, auch durch China, nicht noch weiter herunterfallen, dass sie massiv in den Bereich Automatisierung und Digitalisierung gehen. Ich habe mir das angeschaut, man bekommt einen ungefähren Eindruck von dem, was auf uns noch zukommt, was das Automatisieren angeht, in den Gewächshäusern, beim Pflücken und so weiter, sodass man im Prinzip fast keine Hand mehr braucht. Es gibt einen anderen Bereich, wo die Landwirtschaft auch einen massiven Vorteil hat. Das ist beim Thema Autonomes Fahren. Das ist auf der Straße eine logistische Herausforderung bekanntermaßen, denn man muss eine Million und noch mehr Daten gleichzeitig verarbeiten. In der Landwirtschaft haben wir das Problem so nicht. Da können wir das in der Fläche einsetzen, sparen darüber auch noch Geld ein. Es hat immense Vorteile beim Precision Farming, wenn der Pflanzenschutz direkt bei der Pflanze ankommt,

nicht im Boden, nicht im Wasser, nicht sonstwo, und es spart Geld ein. Es hat nicht nur ökologische Vorteile, sondern spart auch Geld ein. Zu dem anderen Teil Ihrer Frage: In vier Wochen kommt eine neue Bekanntmachung zur Fortführung der Experimentierfelder, und ich biete gerne an, dass wir Sie da entsprechend einbinden und informieren.

Abg. **Carina Konrad** (FDP): Vielleicht direkt noch eine Nachfrage zum Autonomen Fahren. Wir haben heute die technischen Voraussetzungen in den meisten Traktoren, auch in denen, die Herr Metzler eben angesprochen hat, die können heute im Prinzip schon autonom fahren, auch ohne Fahrer. Da sind wir rechtlich noch nicht. Wie laufen denn da die Gespräche? Gibt es da Anstöße über die Felder hinaus, die wir als Experimentierfelder auch in Deutschland hatten? Kommen wir weiter im Bereich Autonomes Fahren auf dem Acker, vielleicht sogar noch in dieser Legislaturperiode?

Prof. Dr. Engel Friederike Arkenau (BMEL): Das Autonome Fahren, das wissen wir alle, funktioniert in der Landwirtschaft schon, und es sind Haftungsgründe, weswegen das nicht erlaubt ist und immer noch ein Mensch dort sitzen muss. Wir haben in unserem Kompetenznetzwerk Digitalisierung eine Unterarbeitsgruppe, die sich mit autonomen Systemen befasst, die daran arbeitet und auch Empfehlungen gibt, wie wir in dem Bereich weitergehen werden. Das Thema haben wir auf dem Schirm und arbeiten daran.

BM **Cem Özdemir** (BMEL): Der Kollege Hermann Färber, das ist der Vorsitzende des Agrarausschusses, Kollege von der Union. Das war der erste Hof, den ich besucht habe, als ich Agrarminister wurde. Da konnten wir das anschauen, wie er das selbst auf seinem Betrieb schon einsetzt und das wissenschaftlich begleitet. Als wir das G7-Treffen in Deutschland hatten, es fand zufälligerweise in Stuttgart statt, und wir haben uns da mit der Universität Hohenheim ein tolles Projekt angeschaut, wie dort im Detail das gezeigt wird. Auch da muss ich sagen, da muss sich Deutschland nicht verstecken.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank, für die AfD-Fraktion Herr Janich.

Abg. **Steffen Janich** (AfD): Vielen Dank. Im Koalitionsvertrag wurde vereinbart, dass Sie ein digitales Waldmonitoring einsetzen wollen. Meine Frage ist: Wie weit sind Sie mit diesem Vorhaben und



welche Maßnahmen sind bereits umgesetzt worden?

BM Cem Özdemir (BMEL): Ich kann es Ihnen leider im Detail nicht sagen. Gegebenenfalls müssen wir es nachliefern. Ansonsten, Prof. Akenau, können Sie etwas dazu sagen?

Prof. Dr. Engel Friederike Arkenau (BMEL): Zum Waldmonitoring kann ich Ihnen auch gerade nichts sagen, aber ich liefere das nach.

Abg. Steffen Janich (AfD): Im Koalitionsvertrag steht auch, dass Sie digitale Produktpässe einführen wollen. Meine Frage ist: Wie ist der Stand bei diesem Vorhaben und welche Produkte wurden bereits mit Pässen ausgestattet?

BM Cem Özdemir (BMEL): Das müssen wir auch nachliefern. Das betrifft weniger die Bundesrepublik Deutschland, sondern Europa. Da sind wir auf den europäischen Rahmen angewiesen, aber Sie wollen noch etwas mehr als das wissen. Das liefern wir nach.

Abg. Steffen Janich (AfD): Es wäre nett, wenn Sie uns dann noch mitbringen können, was diese Pässe an Informationen enthalten, damit wir dort noch umfassend informiert werden. In der Digitalstrategie der Bundesregierung wurde ein Arbeitskreis von Experten angekündigt, die konkrete Vorschläge für digitale Techniken für Tierwohl und Tiergesundheit erarbeiten. Wie ist dort der Arbeitsstand und welche konkreten Vorschläge wurden dort bereits erarbeitet?

BM Cem Özdemir (BMEL): Vielleicht zum Wald nur so viel. Im Rahmen der Münchner Sicherheitskonferenz, interessanterweise – wer hätte das gedacht, dass das da einmal ein Thema wird – spielt auch das Thema Ernährungssicherung eine immer stärkere Rolle. Ich habe mich dort bei der letzten Münchener Sicherheitskonferenz, wo ich eingeladen und auf einem Panel war, auch über das Thema Wald interessanterweise unterhalten, da das Thema Waldbrände auch ein immer relevanteres Thema wird. Wie gesagt, die Details müssen wir Ihnen nachliefern. Aber wie können wir satellitenbasiert frühzeitig erkennen, wo es Waldbrände gibt, wo Waldbrände passieren könnten? Was könnten die Tools sein, damit wir möglichst schnell aktiv werden? Nicht nur national, sondern möglichst europäisch und global, da das für das Thema Klimaschutz ganz relevant ist, dass wir

dort so schnell wie möglich aktiv sind. Auch da hilft uns die Digitalisierung. Auch da helfen uns satellitenbasierte Systeme. Im Prinzip geht es darum, dass man auf der einen Seite eine Unmenge von Daten hat, die haben wir bereits. Jetzt kommt aber der zweite Teil, und da hilft uns die KI, dass wir diese Daten so schnell wie möglich verarbeiten. Denn das passiert dann nicht mehr man-based oder woman-based. Das muss dann quasi so sein, dass man das über die KI schnell versteht. Auch da ist es spannend, was Richard Socher und andere dort machen. Aber dazu gerne bei anderer Gelegenheit mehr. Zum Thema Digitalisierung, Effizienz, Tierhaltung: Zum einen sind wir stolz darauf, dass wir mit dem Tierhaltungskennzeichnungsgesetz endlich vorankommen für dieses Thema. Beim Tierhaltungskennzeichnungsgesetz ist eine digitale Abwicklung der für den Vollzug des Gesetzes noch notwendigen Verwaltungsprozesse fest eingeplant. Die konkrete Umsetzung allerdings – da muss ich an die Länder verweisen, denn die sind dafür zuständig als die zuständigen Behörden. Tierhaltende Betriebe aus Deutschland werden verpflichtet, der zuständigen Behörde die einschlägige Haltungsform in ihren Betrieben mitzuteilen. Das kann elektronisch beispielsweise erfolgen, muss nicht auf Papierform erfolgen. Die zuständigen Behörden führen ein elektronisches Register dieser tierhaltenden Betriebe. Wir fördern dort auch nachhaltige Modernisierung des Bundesländer-Datenmanagements durch, die Errichtung einer gemeinsamen zentralen IT-Architektur für die Bereiche gesundheitlicher Verbraucherschutz, Tierwohl, Tierschutz und Tiergesundheit. Auch da schreitet die Digitalisierung voran.

Abg. Steffen Janich (AfD): In der Digitalstrategie der Bundesregierung haben Sie ebenfalls angekündigt, ein einrichtungsübergreifendes Kompetenzzentrum KI-Big Data-Anwendung im Bereich von Agri Food-Systemen einzurichten. Gibt es dieses Kompetenzzentrum bereits? Zu welchen Ergebnissen ist es gekommen?

Prof. Dr. Engel Friederike Arkenau (BMEL): Das würde ich gerne übernehmen. Dieses Zentrum befindet sich im Aufbau. Die öffentliche Einweihung der Kompetenzstelle des Beratungszentrums für KI erfolgt jetzt auch im Oktober. Das Kompetenzzentrum wird angesiedelt in unseren nachgeordneten Behörden. Hier haben wir 51 Stellen geschaffen. Wir haben eine einheitliche Infrastruktur für alle



nachgeordneten Behörden und bauen Kompetenz in KI auf für unsere Wissenschaftler, denn unsere Wissenschaftler in unserer Ressortforschung sind die Speerspitze der Forschung, die uns politisch beraten sollen. Deswegen befähigen wir diese im Bereich von KI.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Anke Domscheit-Berg kommt jetzt dran für DIE LINKE. Wir müssen gleich schauen, ob wir eine zweite Runde machen und wie lange wir die machen.

Abg. **Anke Domscheit-Berg** (DIE LINKE.): Ich komme aus der Landesgrenze von Brandenburg zu Mecklenburg-Vorpommern. Da trifft man im Wahlkreis – ich bin für fünf Wahlkreise zuständig – öfter Kuhscheißroboter und derartige Dinge. Das macht immer großen Spaß. Aber ich will jetzt nicht dazu etwas fragen, sondern ich frage öfter die Bundesregierung Dinge, unter anderem zu den Rechenzentren. Ich habe mir angeschaut, was für das BMEL in den Antworten stand. Die Nachhaltigkeit der 11 Rechenzentren Ihres Ministeriums ist nicht so großartig. 0 von 11 nutzen Abwärme. Nur ein einziges plant die Nachnutzung. 8 von 11 nutzen klimaschädliche Kältemittel. Nur 4 von 11 nutzen 100 Prozent Ökostrom. Selbst von den neu geplanten sollen 0 der 3 geplanten die Kriterien des Blauen Engels für Rechenzentren erfüllen. Der Durchschnitt der Bundesbehörden ist 56 Prozent. 9 von 11 Rechenzentren haben gar keine Angaben zur Erfüllung der Kriterien des Blauen Engels gemacht. Es gibt auch – laut Antwort – keine Stelle im BMEL mit einer Zuständigkeit für Nachhaltigkeit der Rechenzentren. Das steht alles komplett im Widerspruch zur umweltpolitischen Digitalagenda, zum Koalitionsvertrag, zur Digitalstrategie und neuerdings auch zum Energieeffizienzgesetz. Was macht das BMEL, um daran was zu ändern?

BM **Cem Özdemir** (BMEL): In der Kompetenz der Bundesregierung ist das Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) zuständig für das Thema Rechenzentren.

Abg. **Anke Domscheit-Berg** (DIE LINKE.): Aber nicht für Ihre Rechenzentren.

BM **Cem Özdemir** (BMEL): Für den gesamten Bereich, in der Sache selbst haben Sie recht, die Nutzung von erneuerbaren Energien, das Thema insgesamt, dass die Rechenzentren möglichst so arbeiten sollten, dass sie nicht eine weitere Belas-

tung des Energieverbrauchs über Gebühr darstellen, das Thema ist nicht ganz neu, ist bekannt, nicht nur bei uns, sondern global gesehen, da teile ich Ihre Kritik. Da müssen wir insgesamt alle besser werden. Aber wir sind nicht unmittelbar zuständig.

Abg. **Anke Domscheit-Berg** (DIE LINKE.): Ich nehme das gerne nachgereicht. Ich weiß, dass Sie dafür zuständig sind. Sie verwechseln das gerade mit der IT-Konsolidierung des Bundes, wofür allerdings das Bundesministerium der Finanzen (BMF) zuständig ist, nicht das BMDV. Das BMDV hat mit den Operations Ihrer Rechenzentren nicht direkt zu tun. Ob und wie die betrieben werden, das liegt bei irgendwelchen Stellen in Ihrem Hause. Aber ich nehme es auch nachträglich. Ich würde gerne noch Fragen zum Thema KI stellen, und zwar habe ich auch dazu eine Kleine Anfrage gestellt. Die Frage ist jetzt ein bisschen kürzer. Zu KI-Kompetenzen habe ich gerade schon etwas gehört. Es gab aber auch in den Antworten flächendeckend im Bund offensichtlich Probleme damit, überhaupt einheitliche Prozesse und Standards für KI-Projekte zu haben. Da würde mich interessieren, wie sieht das aus in Ihrem Geschäftsbereich? Gibt es da etwas? Zum Beispiel wendet man einheitliche Risikobewertungsprozesse an? Gibt es Risikoklassenmodelle, die man verwendet? Gibt es ein spezielles Prozedere für Evaluationen, für die Berücksichtigung von Klimaeffekten?

BM **Cem Özdemir** (BMEL): Das muss ich an Professorin Arkenau abgeben.

Prof. Dr. Engel Friederike Arkenau (BMEL): Wir fördern Projekte im Bereich KI für Landwirtschaft, für ländliche Räume, auch für die Lebensmittelherstellung. Bei unseren Förderbescheiden legen wir darauf Wert, wie die Daten gesammelt werden, in welchen Standards die Daten gesammelt werden und auch, dass die Daten nachgenutzt werden können. Zu den Standards, wenn Sie das ansprechen: Die Nachhaltigkeit der KI wollen wir auch mitbewerten, also tatsächlich, wie nachhaltig die KI selber ist, nicht nur, wie viel trägt die KI zur Nachhaltigkeit bei, um auch die Wirkungsanalyse der KI mit zu analysieren. Das sind Anforderungen, die wir auch an die Projekte stellen, die von uns gefördert werden.

Abg. **Anke Domscheit-Berg** (DIE LINKE.): Zu meiner Kleinen Anfrage haben Sie angegeben, nur



zwei von vier KI-Projekten haben die Nachhaltigkeit berücksichtigt, aber es wäre schön, wenn es sich ändert. Gibt es denn in Ihrem Ministerium eine Person, die zuständig ist für die Koordinierung der KI-Projekte? Das hat der Rechnungshof bemängelt, pauschal für den ganzen Bund. Ich weiß es nicht für das BMEL.

Prof. Dr. Engel Friederike Arkenau (BMEL): Das Thema KI ist bei uns in einem Fachreferat, und zwar in dem Referat, was zuständig für die Koordinierung der Digitalisierung bei uns im Haus ist. Zusätzlich sitzt da eine Person, die zuständig für die KI ist. Wir arbeiten mit, wenn es um die KI-Themen geht in der Bundesregierung oder auch um die Gelder, die im Bereich KI verausgabt werden. Ein Projekt, was aus den KI-Mitteln gefördert wird, ist dieses Projekt, dieser KI- und Daten-Accelerator, der Leuchtturm der Digitalstrategie in der Bundesregierung.

Die **Vorsitzende**: Da wir noch ein paar Minuten Zeit haben, können wir noch eine Zwei-Minuten-Runde pro Fraktion machen. Ich weiß, das ist nicht lang, aber Johannes Schätzl für die SPD-Fraktion hat noch brennende Fragen.

Abg. **Johannes Schätzl** (SPD): Vielen Dank. Dann schließe ich beim Thema vorher noch einmal an. Wir sind beim Thema echte Plattformen gelandet. Die zusammengefasste Frage: Halten Sie die aktuelle Plattform, also landwirtschaftsdaten.de, für eine echte Plattform im Sinne des Koalitionsvertrags?

BM **Cem Özdemir** (BMEL): Das ist nicht so, wie es sein sollte. Das müsste eigentlich so sein, dass alle Daten dort zu finden sind, dass daraus Startup-Geschäftsmodelle entwickelt werden können. Wir wissen, dass das Erfassen von Daten immer wichtiger wird, und daraus das Entwickeln von Geschäftsmodellen. Dadurch, dass wir jetzt die Bundesdaten haben, die Daten des nachgeordneten Bereiches haben, die Länderdaten sukzessiv eingestellt werden. Ich habe auf das Problem hingewiesen, dass damals, als das Thema aufkam, Länder und Bund bedauerlicherweise – lesen Sie es nach, da es viel über den Föderalismus in Deutschland erklärt – sich quasi wissend dafür entschieden haben, nicht zusammenzuarbeiten, sondern jeder erst einmal für sich. Das im Nachhinein zu heilen, ist extrem kompliziert. Ich gebe Ihnen ein Beispiel: Ich habe vorgestern mit dem französischen

Kollegen geredet, wie wir in dem Bereich zusammenarbeiten können. Ich muss dann immer, wenn er irgendetwas sagt, sagen, ja, das ist bei uns aber ein bisschen schwierig, denn durch den Föderalismus haben wir diese Daten nicht, die sind bei den Ländern oder wir haben das nicht einheitlich. Es wäre wesentlich leichter, wenn wir das alles gesammelt hätten, auf einer Basis mit einer gemeinsamen Software. Ich habe gerade gesagt, dass wir jetzt gerade dabei sind, zu schauen, dass wir das, was in dieser Bund-Länder-Arbeitsgruppe passiert, wo die Länder auch konstruktiv mitarbeiten, dass wir das vielleicht sogar über KI quasi überspringen und beschleunigen können.

Abg. **Johannes Schätzl** (SPD): Dann noch eine ganz kurze Frage. Kann das Parlament noch unterstützen? Wir haben Geld zur Verfügung gestellt. Gibt es noch Mittel und Wege, wo wir unterstützen können?

BM **Cem Özdemir** (BMEL): Ich sage jetzt ganz ungeschützt – vielen Dank für die Frage: Wir sind immer dankbar, sie haben gerade von Professorin Arkenau gehört, wir haben sehr gute Leute, an der Spitze Frau Professorin Arkenau, aber jetzt gerade das Thema KI, das ist so speziell, dass man das nicht auch noch nebenher mitmachen kann. Wir sind da für alles dankbar, wo wir einfach noch mehr Leute haben, die auf den Stand des Wissens kommen. Wir versuchen, uns den Sachverstand auch zu holen. Ich habe gesagt, dass ich mich da selbst auch darum kümmere. Aber wir sind da auch in einer harten Konkurrenz mit der Wirtschaft. Wir sind in einer harten Konkurrenz, das wissen Sie alle viel besser, mit Leuten, die nur davon leben.

Die **Vorsitzende**: Herr Jarzombek für die CDU/CSU.

Abg. **Thomas Jarzombek** (CDU/CSU): Frau Vorsitzende, Herr Bundesminister, ich würde gerne einmal das Thema „5G an jeder Melkanne“ ansprechen, was durchaus ein Diskussionspunkt gewesen war in der letzten Wahlperiode. Wir haben explizit bei der Vergabe der 5G-Frequenzen einen Frequenzteil reserviert für die sogenannten Campus-Netze. Das heißt, für die Möglichkeit, selbst 5G-Netze zu errichten, explizit auch gerade im Bereich der Landwirtschaft. Dazu gibt es umfangreiche Publikationen aus Ihrem Hause. Deshalb würde mich hier interessieren, wo



wir dastehen, wie das genutzt wird und wie auch Ihre Strategie aussieht, um das Thema weiterzutreiben.

BM Cem Özdemir (BMEL): Vielen Dank, Kollege Jarzombek. Die flächendeckende Versorgung mit schnellem Mobilfunk als auch mit Glasfaseranschlüssen, ist die Grundlage für alles das, was wir hier in diesem Bereich machen, aber auch für den Anspruch auf gleichwertige Lebensverhältnisse und auch für den Bereich, den Sie vorher angesprochen haben, bei Land- und Forstwirtschaft. Wenn wir zurückblicken, haben die ländliche Räume in den letzten Jahren überproportional von dem staatlich geförderten Breitbandausbau profitiert. Wir sind jetzt mittlerweile in den unteren und mittleren Datenübertragungsraten-Kategorien. Da haben wir die höchsten Zuwächse mittlerweile. Da werden wir besser. Dennoch besteht weiterhin ein Stadt-Land-Gefälle in der Gigabit-Versorgung.

Prof. Dr. Engel Friederike Arkenau (BMEL): Wenn ich noch kurz ergänzen darf, zu den anderen 5G-Netzen, dieser Frequenzbereich, den wir reserviert haben, auch für die Landwirtschaft, aber auch für die Industrie, die den nutzen sollte: Es gibt einige landwirtschaftliche Experimentierfelder, zum Beispiel das Landnetz. Die machen tatsächlich Ad-Hoc-Netze mit 5G für die Steuerung der Maschinen. Das läuft in der Forschung. Es gibt auch Landmaschinenhersteller, die anbieten, dass nur für die landwirtschaftlichen Prozesse ein Ad-Hoc-Netz mit 5G aufgebaut wird, um dann tatsächlich auf großen Flächen die Maschinen zu steuern. Denn man braucht dieses Netz nicht über das ganze Jahr, 365 Tage, sondern nur an diesen Tagen, wo die Maschinen auch laufen.

Die **Vorsitzende:** Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Karl Bär.

Abg. **Karl Bär (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Die Digitalisierung wäre auch eine Chance, um bürokratische Prozesse zu digitalisieren und einfacher zugänglich zu machen. Da wäre auch das Onlinezugangsgesetz (OZG). Meine Frage wäre, was für OZG-Leistungen, was für Bündel von Onlinezugängen in der Verwaltung hält das BMEL für besonders dringend für die Landwirtschaft? Gibt es da gegebenenfalls auch gemeinsam mit den Ländern Vorstöße, um es zu schaffen, dass die Landwirte ihre Verwaltungsgänge auch online machen können?

BM Cem Özdemir (BMEL): Vielen Dank für die Frage. Ich muss erst einmal sagen, ein Großteil dessen, worum es bei der Umsetzung landwirtschaftlicher Verwaltungsdienstleistungen geht, liegt nicht im Verantwortungsbereich des Bundes, sondern der Länder. Wir unterstützen allerdings die Länder dabei, dass es möglichst nutzerfreundlich und harmonisch ist bei der Umsetzung der digitalen Verwaltungsangebote und schauen, dass wir da auch die Erfahrungen, die wir haben, zugänglich machen. Wir setzen uns dafür ein, dass es nutzerfreundlich ist, dass es möglichst barrierefrei ist, was die digitalen Verwaltungsstrukturen angeht. Bekanntlich war die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes für das gesamte föderale Deutschland – ich formuliere es vorsichtig – herausfordernd. Mit den gemachten Erfahrungen in unserem Haus sind wir jetzt allerdings auf einem sehr guten Weg zur digital gestützten Verwaltung. In der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE), unterstützt mein Haus die Ende-zu-Ende-Digitalisierung. Beispielsweise werden aktiv mit der Pilotierung von Baukastensystemen für digitale Antragserstellung und Bearbeitung wiederverwendbare Formularstrukturen entwickelt. Mit dem Modul F, einem Baukasten für digitale Verwaltungsprozesse, soll bei den Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeitern die anschließende Bearbeitung in unseren Häusern möglichst schnell und möglichst ressourcenarm adressiert werden.

Die **Vorsitzende:** Vielen Dank, und für die FDP-Fraktion noch einmal Carina Konrad.

Abg. **Carina Konrad (FDP):** Vielen Dank, Herr Özdemir. Ich finde, Sie haben völlig zu Recht die mangelnde Abstimmung angesprochen, die in der Vergangenheit und in der letzten Legislaturperiode stattgefunden hat, auch zwischen den Ländern und dem Bund. Deshalb konkret: Was läuft jetzt besser und was läuft auch besser mit Blick auf die Umsetzung der Projekte, die wir uns in der Digitalstrategie vorgenommen haben, und die alle Ministerien adressiert, auch Sie als federführendes Ministerium für die Digitalisierung in der Landwirtschaft? Wie können wir jetzt in dieser Legislatur wirklich PS auf die Straße bringen und schneller werden bei der Umsetzung dieser Maßnahmen und auch in der Abstimmung und der Koordinierung mit den Ländern? Vielleicht haben Sie noch einen Satz übrig mit Blick auf die Entwick-



lungen in der Europäischen Union, wo auch Datenräume geschaffen werden, denn es muss nachher einen konkreten Nutzen auf dem Hof bringen.

BM Cem Özdemir (BMEL): Ich will jetzt das Gesagte nicht wiederholen. Ich habe vorher schon ein paar Dinge dazu gesagt. Ich möchte es an einem konkreten Beispiel erläutern, das ich vorher aus Zeitgründen nur kurz angedeutet habe. Sie wissen vielleicht, besonders als Rheinland-Pfälzerin mit dem Thema Weinbau, aber auch Obstanbau, dass das Thema Sustainable Use Regulation eine große Herausforderung ist. Für die, die sich jetzt nicht immer damit beschäftigen: Wir reden über eine 50 Prozent-Einsparung bis 2030. Das ist erst einmal so – wenn man es so sofort umsetzen müsste, ohne dass man schaut, was hat man bislang erreicht, ohne dass man das Thema sensible Gebiete in unserem Sinne löst – für manche Teile der Landwirtschaft praktisch nicht leistbar. Das würde bedeuten, dass man in Teilen, dort wo wir es mit Steillagen zu tun haben, die Landwirtschaft aufgeben müsste, also der Weinbau oder Obstanbau bei mir am Bodensee. Jetzt kommt aber die Digitalisierung, die uns da helfen kann, dass wir dieses Ziel doch erreichen können. Auf einmal werden Dinge machbar, die sich sehr ambitioniert anhören. Jedenfalls hilft uns das, dass man ehrgeizige Einsparziele schafft und gleichzeitig über Precision Farming, über Digital Farming und so weiter, dafür sorgen kann, dass man das anwendet. Das Problem ist natürlich, die Landwirte haben die Geräte, die Spritzen, längst angeschafft. Das heißt, jetzt geht es darum, die Neuen anzuschaffen. Das kostet wieder, das ist die Frage von vorhin, richtig viel Geld. Sie haben vorher gefragt, was können wir tun, wenn Bund und Länder sich zum Beispiel einigen würden – das ist jetzt ganz ungeschützt bitte – dass man hier eine Umstellungshilfe, eine Art – Stichwort – Abwrackprämie macht. Ich glaube, es wäre sehr gut angelegtes Geld. Ich habe das Geld nur nicht.

Die Vorsitzende: Für die AfD-Fraktion Herr Janich.

Abg. Steffen Janich (AfD): Vielen Dank. Ich habe noch eine Frage zu den Pflanzenschutzmitteln. In welchem Umfang fördern Sie digitale Anwendungen zur zielgenauen Ausbringung von Pflanzenschutzmitteln und zur Vermeidung von Abdrift?

BM Cem Özdemir (BMEL): Das passt auch zur Frage von Frau Konrad vorhin. Durch Sensoren können zum Beispiel Unkräuter, Krankheiten, Insekten oder der Nährstoffbedarf von Pflanzen ziemlich präzise ermittelt werden. Dann kann man anschließend bedarfsgerecht vorgehen. Wir können über Kameras mittlerweile auf den Millimeter genau Unkräuter erkennen und dann entscheiden, ist dieses Unkraut ein Problem oder ist es kein Problem? Wenn es ein Problem ist, dann können wir entsprechend vorgehen, ob das dann über Pflanzenschutzmittel oder mechanisch geschieht, ist dann quasi der nächste Schritt. Es gibt schon kleine Roboterfahrzeuge mit unterschiedlichen Sensoren, die eigenständig über die Felder fahren und dabei das Unkraut beseitigen. Genauso gibt es Traktoren mit einer kameragesteuerten Hacke, die Unkräuter in und zwischen den Pflanzenreihen beseitigen. Wir haben Drohnen, die wir dort mittlerweile zum Einsatz bringen, die großflächig beim Maisanbau eingesetzt werden, um Nützlinge auszubringen oder umgekehrt Maisschädlinge effektiv zu bekämpfen. Alles sehr spannend. Ich habe nur ein paar Sekunden, da kann ich das noch sagen: Bei der Düngung werden am Traktor Sensoren befestigt. Der Stickstoffbedarf wird während der Fahrt präzise ermittelt, um den Dünger dann möglichst bedarfsgerecht auszubringen. Gleichzeitig sparen wir Überschüsse ein, sparen Geld ein. Auch das ist sehr spannend. Hier kommt das, was ich vorher gesagt habe mit Satellitenbildern, Drohnenbildern, digitale Karten zum Einsatz für die Felder. Das verbinden wir.

Die Vorsitzende: Vielen Dank. Für DIE LINKE. Anke Domscheit-Berg.

Abg. Anke Domscheit-Berg (DIE LINKE.): Die kommt schon wieder mit ihren komischen Fragen. Ich frage auch regelmäßig nach IT-Sicherheitsstellen. Im BMEL ist seit 2021 durchgehend mindestens jede fünfte IT-Sicherheitsstelle unbesetzt. Die Bedrohungslage wird immer größer. Warum ist das so? Chief Information Security Officer gab es bei meiner letzten Fragestellung auch noch nicht. Sollte sich das auch ändern?

BM Cem Özdemir (BMEL): Das muss ich abgeben an Professorin Arkenau.

Prof. Dr. Engel Friederike Arkenau (BMEL): Letztendlich liegt uns auch die IT-Sicherheit am Herzen. Bei uns im BMEL haben wir zwei Perso-



nen, die dafür zuständig sind. Die sind direkt installiert in dem Referat, was auch für die ganze IT-Sicherheit oder die IT bei uns im Haus tätig ist. Das heißt, wenn wir tatsächlich ein Problem haben mit der IT-Sicherheit, können die dann auch auf die ganzen anderen Kolleginnen und Kollegen zugreifen bei Problemen. Aber wir haben wirklich im Haus zwei Personen, die für die IT-Sicherheit zuständig sind.

BM **Cem Özdemir** (BMEL): Wenn ich nur kurz ergänzen darf. Richard Socher pendelt quasi zwischen Deutschland und Kalifornien ständig hin und her. Einer der Sätze, der bei mir hängen blieb, ist: Wir sind in einem Wettrennen, und noch ist es so, dass Deutschland nicht komplett draußen ist. Wir haben noch alle Chancen, da mitzuspielen. Aber was wir im Mindset ändern müssen, ist, dass wir nicht erst ...

Abg. **Anke Domscheit-Berg** (DIE LINKE.): Entschuldigung. Ich hatte eigentlich noch eine Frage.

BM **Cem Özdemir** (BMEL): Aber ich antworte jetzt. Entschuldigung. Jetzt mache ich es kurz. Dass wir nicht erst die Bedenken im Vordergrund haben müssen und dann die Chancen. Sondern das müssen wir umdrehen.

Abg. **Anke Domscheit-Berg** (DIE LINKE.): Deswegen muss man trotzdem IT-Sicherheitsstellen besetzen. Dafür gibt es die im Haushalt. Ich frage jetzt aber trotzdem meine zweite Frage noch ganz kurz. Ich wüsste gerne, mit welchen Datenprojekten sich das BMEL beschäftigt, um Transparenz zu Inhaltsstoffen und Lieferketten von Lebensmitteln zu fördern für den Verbraucherschutz.

BM **Cem Özdemir** (BMEL): Prof. Arkenau.

Prof. Dr. Engel Friederike Arkenau (BMEL): Ich würde vorschlagen, um das konkret zu machen, reichen wir das auch nach.

Die **Vorsitzende**: Gut, vielen Dank. Es gibt einige Fragen, die offen geblieben sind. Da bekommen wir im Nachgang die Informationen. Ich danke jedenfalls herzlich für den Bericht des Bundesministers und des Bundesministeriums insgesamt. Wir nehmen als Ausschuss diesen Bericht zur Kenntnis. Vielen Dank für den Besuch hier. Wir sind immer daran interessiert, diesen Austausch weiterzuführen und zu intensivieren. Von daher vielen Dank und noch einen schönen Tag.

BM **Cem Özdemir** (BMEL): Vielen Dank, dass wir zu Gast sein durften. Danke für Ihr Interesse. Bei den Haushaltsberatungen gibt es wie gesagt Möglichkeiten, uns auch entsprechend zu unterstützen.

Die **Vorsitzende**: Danke sehr. Dann kommen wir jetzt zum nicht-öffentlichen Teil. Der öffentliche Teil der Sitzung ist geschlossen und damit die Übertragung ins Internet. Ich bitte jetzt alle externen Besucherinnen und Besucher, den Saal und die Tribüne zu verlassen. Wir machen gleich weiter mit dem nichtöffentlichen Teil. Ich bitte darum, dass sich jetzt nur noch Abgeordnete und beim Sekretariat angemeldete Personen im Sitzungssaal oder in der virtuellen Sitzung befinden. Vielen Dank dafür.

Der Ausschuss beschließt Kenntnisnahme und erwartet einen ergänzenden Bericht des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft bis zur 45. KW.

Tagesordnungspunkt 3

Bericht der Bundesregierung zum aktuellen Sachstand der Position der Europäischen Union zur Weltfunkkonferenz, insbesondere mit Blick auf die Kultur- und Medienfrequenzen

Selbstbefassung

Die **Vorsitzende**: Wir kommen nun zu TOP 3. Das ist eine Selbstbefassung mit Debatte und Kenntnisnahme. Gäste im Ausschuss sind die Parlamentarische Staatssekretärin Daniela Kluckert aus dem Bundesministerium für Digitales und Verkehr (BMDV) und Walter Guggi, der stellvertretende Leiter des Referats „Europäische Politik für digitale Infrastrukturen, Weltfunkkonferenz“. Herzlich willkommen. Zugeschaltet ist uns von der Bundesnetzagentur (BNetzA) Klaus Michels, Referatsleiter „Rundfunk“. Wir beginnen mit einem Eingangsstatement von fünf Minuten vom BMDV. Dann haben wir eine Debattenrunde von fünf Minuten. Bitteschön.

PStSn **Daniela Kluckert** (BMDV): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich möchte eingangs erwähnen, dass die EU-Standpunkte, die ich heute erläutern kann, da diese Sitzung nicht-öffentlich ist, aber selbstverständlich trotzdem vertraulich sind und hier auch vertraulich behandelt werden müssen.



Wir haben im November/Dezember 2023 die Weltfunkkonferenz der Internationalen Fernmelde-Union ITU, und die Abstimmung eines EU-Standpunktes zu verschiedenen Tagesordnungspunkten, die EU-rechtsrelevant sind. Ein solcher verbindlicher, gemeinsamer Standpunkt der Europäischen Union im Rahmen dieser Weltfunkkonferenz ist deswegen wichtig, da er die Einheit der EU trägt und wahrt und zum Schutz der Interessen der EU in diesem Rahmen der Weltfunkkonferenz beiträgt. Einige Tagesordnungspunkte können sich auch zu unterschiedlichen EU-Politikbereichen oder Rechtsvorschriften auswirken: Bereiche elektronische Kommunikation, Luftfahrt, Seefahrt, Klimawandel, aber auch Weltraum. Das gilt ganz besonders auch für den Punkt, den wir heute besprechen, die harmonisierten technischen Bedingungen für die Frequenznutzung. Zu diesem Thema muss nach dem Vertrag der gemeinsamen Arbeitsweise der Europäischen Union ein Standpunkt festgelegt werden, der dann von den EU-Mitgliedstaaten im Rahmen der Europäischen Konferenz der Verwaltung für Post- und Telekommunikation, der sogenannten CEPT, vertreten wird. Das heißt, innerhalb dieser CEPT vertreten dann die Länder der Europäischen Union diesen einen Standpunkt. Die Positionierung der Bundesregierung zu den Verhandlungen im Rat erfolgte im Rahmen der üblichen Ressortabstimmungen. Der vom Rat am 18. September 2023 angenommene EU-Standpunkt umfasst 14 Angelegenheiten und ist verbindlich von den Mitgliedstaaten – und damit auch von Deutschland – umzusetzen. Sehr umstritten in der seit drei Jahren laufenden nationalen, europäischen, internationalen Vorbereitung zum Frequenzband 470 bis 694 Megahertz als Teil des UHF-Bands war die Frage, ob eine co-primäre Zuweisung dieses Frequenzbereiches an den Mobilfunkdienst zusätzlich zu den bestehenden primären Zuweisungen an den Rundfunkdienst erfolgen soll. Die Bundesregierung hatte sich in ihrer Ressortabstimmung darauf verständigt, sich in den Verhandlungen zum EU-Standpunkt für die Weltfunkkonferenz im Hinblick auf das UHF-Band für eine co-primäre Zuweisung an Rundfunkdienst und Mobilfunkdienst mit Inkrafttreten erst 2031 – bis 2030 war das auch schon festgelegt – auszusprechen. Dazu hatte ich bereits hier im Ausschuss vorgetragen. Denn unter den Mobilfunkdienst fällt auch die Nutzung durch Sicherheitsbehörden und Streitkräfte. Mobilfunkdienst darf hier

also nicht mit Mobiltelefonie gleichgesetzt werden. Eine co-primäre Zuweisung würde Deutschland ermöglichen, die größtmögliche Flexibilität für die nachfolgenden nationalen Nutzungsentscheidungen zu haben. Noch einmal, auch zum Verständnis, ist es so, dass wir auf internationaler Ebene bei der Weltfunkkonferenz die Standards setzen, diese aber national dann eigenständig umgesetzt werden. Auch die Länder hatten sich auf eine solche co-primäre Zuweisung als deutsche Position verständigt. Die Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) hatte das ebenfalls mit großer Mehrheit bestätigt. Eine solche co-primäre Zuweisung auf Ebene der Weltfunkkonferenz präjudiziert nicht die spätere nationale Nutzungsentscheidung. Das hatte ich schon gesagt. Vielmehr verliehe sie national den größten Handlungsspielraum ohne Vorfestlegung. Jetzt ist es so, dass die Mehrheitsverhältnisse in der letzten CEPT-Sitzung dazu geführt haben, dass wir über diese co-primäre Zuweisung an den Mobilfunkdienst keine Mehrheit gefunden haben. Wir haben eine Mehrheit dafür gefunden, den Kompromiss, der bereits auf EU-Ebene getroffen worden war – und zwar die sekundäre Mobilfunkdienstzuweisung – hier auch vorzuschlagen. Dieser Kompromiss hat dann auch auf CEPT-Ebene eine Mehrheit gefunden. Da ein nationaler deutscher Alleingang nicht möglich ist, aus den Gründen, die ich bereits ausgeführt hatte, wird Deutschland diesen Kompromiss selbstverständlich mittragen und sich bei der Weltfunkkonferenz dafür einsetzen, dass diese sekundäre Mobilfunkdienstzuweisung kommt und wir dann aber im Verfahren genauso weitergehen können wie geplant.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Dann kommen wir jetzt in die erste Debattenrunde. Johannes Schätzl hat das Wort für die SPD-Fraktion.

Abg. **Johannes Schätzl** (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Vielen Dank, Frau Staatssekretärin. Jetzt haben Sie angesprochen, wo die Bundesregierung steht, auch wie die EU Teile durchaus anders sieht. Was mich jetzt interessieren würde: Wir haben in diesem Frequenzplan, was wir skizziert haben, primär DVB-T2 (Digital Video Broadcasting – Terrestrial, 2nd Generation), wir haben auch ein wenig die Kulturfrequenzen, wir haben Program Making and Special Events (PMSE) im Einsatz. Wie ist denn Ihr Zielbild für die nationale Vergabe der Frequenzen?



PStSn **Daniela Kluckert** (BMDV): Ja, das ist eine sehr gute Frage. Ich hatte bereits beim letzten Mal ausgeführt, dass wir uns im Anschluss an die Weltfunkkonferenz mit allen potenziellen Nutzern zusammensetzen und eigentlich ein Portfolio erreichen wollen, das allen auch die Möglichkeit gibt, von diesem Band zu profitieren und daran teilzuhaben. Das ist auch möglich durch den technischen Fortschritt, der uns erlaubt, viel enger und viel engmaschiger vor allem diese Bänder zu nutzen. Da gibt es eine Reihe von Themen, die zu beachten sind: Das ist als erstes das Fernsehen bei der primären Zuweisung, aber eben auch Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS), Kultur und Medien und dann gegebenenfalls noch andere öffentliche Anwendergruppen.

Abg. **Johannes Schätzl** (SPD): Jetzt haben Sie sich aus meiner Sicht richtigerweise für eine co-primäre Zuweisung ausgesprochen. Das heißt aber auch im Umkehrschluss, dass man etwas anderes mit dem Frequenzplan vorhat, also im Zweifelsfall auch einzelnen Branchen Frequenzbänder wegnimmt. Was aus meiner Sicht wichtig ist, ist der ganze Kulturbereich, der zwangsweise darauf angewiesen ist, also auch die Veranstaltungstechnik. Können Sie sicherstellen, dass gerade die Veranstaltungstechnik auch weiterhin berücksichtigt wird?

PStSn **Daniela Kluckert** (BMDV): Ja, das ist unser festes Ziel. Hier geht es auch darum, das wird jetzt schon genutzt, und die Frage ist gewesen, ob man das ausweiten kann, insbesondere natürlich auch bei der Frage von Grenzregionen. Jetzt haben wir hier eine Schwächung der Möglichkeiten in Länderregionen, da wir vor allem dafür sorgen müssen, dass andere Länder nicht von unseren Entscheidungen negativ beeinflusst werden. Dadurch ist der eigene Spielraum kleiner geworden. Aber das, was jetzt möglich ist, wollen wir selbstverständlich auch in Zukunft als Möglichkeit erhalten.

Abg. **Johannes Schätzl** (SPD): Halten Sie DVB-T2 für einen zukunftsfähigen Standard?

PStSn **Daniela Kluckert** (BMDV): Ich persönlich glaube nicht, dass das ein Standard ist, der noch größere Verwendung finden wird. Aber bisher haben wir noch Menschen, die das nutzen. Da schwanken die Zahlen zwischen 9 und 14 Prozent. Wir sehen aber auch, dass sie nach unten gehen.

Natürlich ist es so, dass je weiter sie nach unten gehen, umso mehr muss man auch über andere Dinge diskutieren.

Abg. **Johannes Schätzl** (SPD): Jetzt haben Sie es gerade angesprochen, die Zahlen unterscheiden sich ein wenig. Gibt es Zahlen, auf denen Ihre Überlegungen beruhen oder planen Sie vielleicht auch selbst, eine Erhebung durchzuführen?

PStSn **Daniela Kluckert** (BMDV): Wir gehen jetzt erst einmal davon aus, dass die Weltfunkkonferenz hier die primäre Zuweisung macht. Bei den europäischen Ländern ist es teilweise eine etwas andere Situation als bei uns, denn sie sind schon viel weiter im digitalen Angebot. Aber erst einmal ist es jetzt so, dass wir diesen runden Tisch erwarten und dort mit allen ins Gespräch kommen wollen.

Abg. **Johannes Schätzl** (SPD): Können Sie noch ein wenig skizzieren, wo genau der Dissens auf EU-Ebene liegt? Welche Argumente tragen andere Länder vor?

PStSn **Daniela Kluckert** (BMDV): Zum Dissens könnten Sie gleich noch etwas sagen, Herr Guggi. Mir wurde auch gerade noch einmal gesagt, es gibt eine Studie im Auftrag der Bundesnetzagentur (BNetzA) von Goldmedia, und da ist auch dieses Thema enthalten, inwieweit das terrestrische Fernsehen noch weiter eine Zukunft hat. Da würde ich Sie ebenfalls bitten, noch auszuführen.

Walter Guggi (BMDV): Danke sehr. Die Bundesnetzagentur hat als Grundlage – der wir im Wesentlichen beistimmen – die Studie von Goldmedia zu den Perspektiven zur Nutzung des UHF-Bandes (Ultra High Frequency-Bandes), und das ist die Ausgangsbasis für die Überlegungen. Diese Ausgangsbasis ist aber primär eine Zukunftsfrage über die Nutzung, die nicht mit der Weltfunkkonferenz und der Entscheidung selbst zu tun hat. Auf Ihre Frage hin über die Lage bei den anderen EU-Mitgliedsländern: Es stehen alle hinter diesem Kompromissvorschlag, als Verhandlungsposition der sekundären Zuweisung, dies als Ausgangsbasis für die Verhandlungen an der Weltfunkkonferenz für Europa vorzubringen.

Abg. **Johannes Schätzl** (SPD): Danke.

Die **Vorsitzende**: Für die CDU/CSU Ronja Kemmer aus dem virtuellen Raum.



Abg. **Ronja Kemmer** (CDU/CSU): Frau Vorsitzende, Frau Staatssekretärin, auch von meiner Seite herzlichen Dank. Ich kann da nahtlos anknüpfen, ich will zunächst unterstreichen, dass ich die eigentliche Positionierung der Bundesregierung für die co-primäre Nutzung für richtig halte. Dem nachfolgend muss man ergänzen, dass ich finde, dass der Kompromiss schon deutlich dahinter zurückbleibt mit der sekundären Zuweisung. Deswegen wäre jetzt meine erste Frage: Wenn diese EU-Positionierung so deutlich dahinter zurückbleibt, was sind jetzt eigentlich die Ziele der Bundesregierung für die Weltfunkkonferenz?

PStSn **Daniela Kluckert** (BMDV): Wir sind bei der Weltfunkkonferenz auch als CEPT nicht alleine. Natürlich wollen wir auch nicht hinter dieses Verhandlungsergebnis, das wir jetzt erreicht haben, zurückfallen. Ich sage einmal, es gibt zum Beispiel auch die No Change-Position. Die wird zum Beispiel von Afrika, Russland mit ehemaligen Sowjetrepubliken, geteilt. Das wäre zum Beispiel etwas, was wir auf jeden Fall nicht wollen. Insofern werden wir unseren Kompromissvorschlag, der – wie ich glaube – ein guter ist, hier auch sehr proaktiv begleiten. Ich will noch eine Sache sagen zu der europäischen Verhandlungsposition. Am Ende haben nicht viele Länder unsere Position geteilt. Das führt dann einfach dazu, dass man sich am Ende nicht durchsetzen kann. Es waren Finnland, Lettland, Schweden, Dänemark und die Niederlande zum Teil, Dänemark auch nur zum Teil, die dann am Ende dafür gevotet haben, wofür wir uns eingesetzt haben. So sind die Abstimmungsprozesse auf europäischer Ebene, dass dann die Mehrheit entscheidet.

Abg. **Ronja Kemmer** (CDU/CSU): Es werden immer wieder, klar, Bedarfe angemeldet auch von anderen Akteuren. Sie haben angeführt, dass Bedarf an Frequenzen besteht, auch vor allem in Richtung BOS, vor dem Hintergrund auch von sicherheitspolitischen Abwägungen. Wie spielt denn das eine Rolle in der Diskussion innerhalb der Bundesregierung?

PStSn **Daniela Kluckert** (BMDV): Ja, es spielt eine sehr wichtige Rolle. Ich will jetzt noch einmal sagen, bei der Entscheidung auf der Weltfunkkonferenz, das darf man nicht verwechseln, geht es nicht darum, was wir für eine nationale Zuweisung haben, sondern es geht im Prinzip darum, dass man an den Grenzen die anderen nicht stört

mit seinem Funk. Das darf man nicht. Ansonsten ist es kein Präjudiz für die nationale Entscheidung. Wir sind in der Bundesregierung sehr ernsthaft an dem Thema, dass wir auf nationaler Ebene hier dem BOS die Möglichkeit geben wollen, in diesem Bereich der UHF-Frequenzen auch zu funken.

Abg. **Ronja Kemmer** (CDU/CSU): Trotzdem gibt es momentan zumindest von Betroffenen auf nationaler Ebene größere Diskussionen in der Frage, gerade auch Save Our Spectrum (SOS) war da an vielen Stellen sehr aktiv. Ich finde – im Bereich zumindest, was die Funkmikrofone für die Kulturveranstalter angeht – auch zu Recht. Ein Punkt, der aber trotzdem immer wieder auch von SOS angeführt wird, ist, dass man eigentlich in der co-primären Nutzung die Frequenzen gar nicht teilen könnte. Wie schätzt die Bundesregierung das technisch ein?

PStSn **Daniela Kluckert** (BMDV): Wir gehen davon aus, dass das technisch möglich ist. Das ist insbesondere auch mit technologischem Fortschritt möglich. Da würde ich Herrn Guggi noch einmal das Wort geben, was da der neueste Stand ist, wie das inhaltlich zu übersetzen ist. Die Bundesnetzagentur hat sich auch gemeldet. Wunderbar, die kann das vielleicht sogar noch besser machen.

Klaus Michels (BNetzA): Die Netzagentur hat in den vergangenen Jahren einige Bereiche speziell für PMSE freigegeben und immer wieder Kompensationen, auch im Zuge der digitalen Dividenden 1 und 2 in der Vergangenheit so ermöglicht. Ich kann das gerne kurz aufzählen. Das ist 1350 bis 1400 MHz Allgemeinzuteilung, dann Einzelfrequenzzuteilung 1452 bis 1525 MHz, dann Allgemeinzuteilung 1785 bis 1805 MHz und dann noch wieder drei Bereiche Allgemeinzuteilung 694 bis 698, 736 bis 753, 823 bis 862. Das einmal vor dem Hintergrund. Aber insgesamt haben sie einen ganz hohen Innovationsdruck bei den PMSE-Diensten. In der Vergangenheit hatten sie analoge Übertragung. Im Moment ist dort eine Umstrukturierung in Richtung digital. Da werden en bloc bis 40 Übertragungsstrecken auf einem digitalen Bündel übertragen. Damit haben sie andere Möglichkeiten, als es in der Vergangenheit war.

Die **Vorsitzende**: Die Zeit ist leider überschritten. Aber wissen Sie was? Ich wollte da gerne auch



nachhaken. Ich bin nämlich die Berichterstatterin für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abg. **Tabea Rößner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gerade das, was Sie ansprechen, ist relevant, denn die Knappheit wird immer größer, da die Frequenzen immer größere Nutzungen haben, der Mehrbedarf ist groß. Bei Veranstaltungen haben wir Störungen gehabt, in der Vergangenheit immer wieder. Rock am Ring zum Beispiel ist so ein bekanntes Festival. Wie wollen Sie das denn zukünftig sichern? Sie waren gerade bei der Beschreibung, so wie wir das auch im Koalitionsvertrag sichergestellt haben, dass die weiterarbeiten können.

Klaus Michels (BNetzA): Genau. Was man dort braucht, ist eine bessere Planung als in der Vergangenheit. Man hatte vielfach immer Frequenzen einzeln vergeben. Wenn Tourneen waren in Deutschland, wurde eine Frequenz komplett bei allen Standorten genutzt. Mit dieser Digitalisierung ist man auf dem Sprung, dass man das nicht mehr macht, sondern dass für genau die Nutzung, die gerade läuft, die Übertragungstrecke zur Verfügung steht. So haben Sie weit mehr Spektrum insgesamt. Was ich von den Problemen vor Ort gehört habe, hängt es genau damit zusammen, dass man jetzt auf dem Weg ist, sich dort zu verbessern. Da wird man auch mit den neuen Spektrumsressourcen, wenn es Veränderungen gibt, klar kommen.

Abg. **Tabea Rößner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. Ich hätte noch eine Frage zu anderen Ländern, zum Beispiel europäischen Ländern. Da wird BOS-Funk teils über Mobilfunknetze abgewickelt, wobei dann in Notsituationen dem BOS-Funk ein Vorrang eingeräumt wird. Etwa in Großbritannien ist das der Fall, im 800-MHz-Bereich. Hat die Bundesregierung solche Szenarien auch evaluiert und kann sie eine Einschätzung zur Machbarkeit und Anwendbarkeit auch in Deutschland machen?

PStSn **Daniela Kluckert** (BMDV): Das ist eine Frage ans BMI. Das kann ich leider nicht beantworten.

Abg. **Tabea Rößner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Letztlich geht es um das Management der Frequenzen und um Vorrang, das muss dann abgestimmt sein mit dem BMDV. Es muss dann noch eine Einigung darüber geben, ob solche Szenarien möglich sind.

PStSn **Daniela Kluckert** (BMDV): Das BMI meldet uns den Bedarf und dementsprechend agieren wir dann. Aber das BMI meldet uns den Bedarf, und das BMI hat gesagt, dass der BOS hier in diesem Bereich den Bedarf hat.

Abg. **Tabea Rößner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Noch einmal zur Weltfunkkonferenz. Wie bewertet denn die Bundesregierung die auf EU-Ebene getroffene Entscheidung? Ich weiß, dass es da keine Mehrheit gab, dass dieser Kompromiss gefunden wurde, und 2030 soll dann neu verhandelt werden. In welche Richtung werden wir denn da weiterarbeiten, als Bundesregierung, und wie würde eine mögliche Neuordnung der Frequenzen dann ab 2031 aussehen?

PStSn **Daniela Kluckert** (BMDV): Erst einmal sagen wir, dass wir mit diesem Kompromiss, den wir auf europäischer Ebene und den wir dann auch in der CEPT gefunden haben, gut leben können. Denn es ist ein Kompromiss, der alles ermöglicht, nichts verschließt und uns die Möglichkeit gibt, dann im Rahmen eines runden Tisches die Dinge so zu sortieren, dass sie für Deutschland passen und da die Digitalisierung, die neuen technologischen Möglichkeiten mit hinein zu nehmen. Wir glauben fest daran, dass wir eine Möglichkeit finden, auch allen den Raum zu geben, den sie brauchen. Kultur- und Medienschaffenden, dem BOS und den terrestrischen Fernsehleuten, und das ist unser Ziel, das gilt dann ab 2031.

Abg. **Tabea Rößner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist es eigentlich schwierig festzustellen, wie viele DVB-T-Nutzerinnen und -Nutzer es gibt und wie die voraussichtliche Nutzung im Jahr 2030 ist? Denn das wird sich vielleicht dahingehend noch ändern.

PStSn **Daniela Kluckert** (BMDV): Ja, vielleicht könnten Sie von der BNetzA einmal kurz etwas dazu sagen, welche Zukunftsszenarien bei der Studie, die Sie in Auftrag gegeben haben, herausgekommen sind.

Klaus Michels (BNetzA): Ja, gerne. Auch die Medienanstalten haben sich Gedanken gemacht und Trends entwickelt aktuell, inwieweit TV bei den Endnutzern angenommen wird. Sie sind im Moment bei der terrestrischen digitalen Videoübertragung bei lediglich unter sechs Prozent. Stark wachsend ist IP. Kabel und Satellit ist roundabout bei 40 Prozent. Das ist relativ stabil für



die Terrestrik, aber stark steigend für IP, das hängt insbesondere mit den Altersklassen zusammen. Da hat man festgestellt, dass es enorme Anstiege gibt, je jünger die Bevölkerung ist, desto mehr nicht-linearer Content.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Wir kommen zur FDP-Fraktion. Da hat Maximilian Funke-Kaiser das Wort.

Abg. **Maximilian Funke-Kaiser** (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Vielen Dank, Frau Staatssekretärin, für den Bericht. Ich möchte auch einsteigen in Bezug auf die Frage Nutzungsquote von terrestrischem Fernsehen. Ein weiterer Aspekt, den man in die Gesamtbeurteilung mit aufnehmen muss, ist die Entwicklung des linearen Fernsehens. Denn das spielt eine wichtige Rolle, wenn wir uns über diese Frequenzbereiche unterhalten. Auch das ist abnehmend. Ich würde aber trotzdem gerne zu Beginn die Frage stellen, an Sie, Frau Staatssekretärin, wie Sie die Zukunft sehen bezüglich linearen Fernsehens und ob das nicht auch eine wichtige Rolle spielt in Bezug auf die Vergabe und die Entscheidung bei diesen Frequenzbereichen.

PStSn **Daniela Kluckert** (BMDV): Ja, wir kennen die Nutzungszahlen. Wenn man sich mit jüngeren Leuten unterhält, als man selber ist, dann wundert man sich manchmal, dass die auch gar kein Radio mehr hören, dass die ganz andere Medien nutzen, als man es selbst tagtäglich macht. Dass auch Angebote im Fernsehen, die wir noch tagtäglich nutzen – ich sage einmal Tagesschau, Tages-themen, aber auch den Tatort am Sonntag – keine weite Verbreitung mehr finden. Deswegen wird es eine massive Veränderung im Nutzungsverhalten geben. Obwohl auch immer zu sagen ist, dass das ein oder andere auch dann wieder umgekehrt worden ist, glaube ich, dass hier die Mediennutzung doch eine andere sein wird in Zukunft. Insofern befindet sich der ganze Bereich in einem Transformationsprozess. Das ist richtig, was Sie ansprechen, dass man sagt, wenn etwas frei wird, dann müssen knappe Ressourcen auch neu verteilt werden. Wenn es sich widerspiegelt, in der Öffentlichkeit, dann muss auch neu gedacht werden, wie man hier zu anderen Ressourcenverteilungen kommt. Nichtsdestotrotz wollen wir an diesem runden Tisch, den ich schon mehrfach erwähnt hatte, einen Kompromiss finden, der für alle tragbar ist.

Abg. **Maximilian Funke-Kaiser** (FDP): Ich wollte jetzt noch einmal auf den Kompromiss hinaus. Wie würde sich das dann in der Realität widerspiegeln? Oder wie würde sich das auswirken, wenn wir jetzt nicht zu einer co-primären Nutzung kommen, sondern zu der sekundären Zuweisung? Was hätte das für Auswirkungen?

PStSn **Daniela Kluckert** (BMDV): Das, was international vereinbart wird, betrifft vor allem die Grenzregionen. Wir können hier in Deutschland erst einmal machen, was wir wollen. Nur haben wir dann Probleme in den Grenzregionen, da wir dafür Verantwortung tragen, und wir müssen unbedingt die Koordinierung mit unseren Nachbarländern vornehmen. Natürlich schauen wir, wer benutzt jetzt wie viel und wo gibt es zum Beispiel einfach weniger Bedarf, wo ist durch technologischen Fortschritt, Digitalisierung, auch mehr möglich, und dann sind die Dinge zu vereinbaren. Nur wenn ich das Ergebnis dieses Runden Tisches schon hätte, dann bräuchten wir ihn nicht. Insofern ist es auch wichtig, dass man miteinander ins Gespräch kommt und nicht Dinge erst einmal vorweg festlegt, sondern tatsächlich miteinander spricht und dann zusammen zu einem Ergebnis kommt.

Abg. **Maximilian Funke-Kaiser** (FDP): Halten Sie es für ausgeschlossen, auch wenn man sich jetzt auf einen Kompromiss geeinigt hat, dass man doch am Ende einen Verhandlungserfolg oder ein Verhandlungsergebnis in Richtung co-primäre Nutzung erreicht?

PStSn **Daniela Kluckert** (BMDV): Das ist nicht ausgeschlossen. Es gibt die unterschiedlichsten Positionen. Ich hatte schon eben gesagt, dass es auch die No-Change-Positionen gibt. Genauso gibt es auch die Position der zusätzlichen co-primären Zuweisung an den Mobilfunk. Diese wird zum Beispiel von den arabischen Ländern geteilt. Insofern wird die Weltfunkkonferenz, die in Dubai stattfindet, zeigen, was am Ende herauskommt. Ich könnte mir aber durchaus vorstellen, dass unser Vorschlag, der ein Mittelweg ist, dass der am Ende auch tragbar ist, für alle.

Abg. **Maximilian Funke-Kaiser** (FDP): Letzte Frage: Das ist im Grunde nur der Auftakt für die Maßnahmen in Deutschland. Vielleicht könnten Sie noch einen Überblick geben, wie der Zeithorizont der Umsetzung aussieht.



PStSn **Daniela Kluckert** (BMDV): Herr Guggi, der Zeithorizont, was sagen Sie?

Walter Guggi (BMDV): Der Zeithorizont, wie Frau Staatssekretärin angeführt hat, nach der World Radio Communication Conference (WRC) schauen wir uns das Ergebnis der Verhandlungen an. Wie gesagt, die sekundäre Zuweisung ist der Beginn für die Verhandlungen. Was rauskommt, lässt sich erahnen. Da kann man Wetten drauf schließen. Erfahrungswerte gibt es hier keine. Darum sitzen wir auch vier Wochen zusammen. Nach vier Jahren Vorbereitung, um dann zu Ergebnissen zu kommen. Aber der Zeithorizont ist der Runde Tisch nach der WRC. Bis 2030 hat Rundfunk und PMSE den Bestandschutz durch die UHF-Entscheidung 2017/899. Darüber hinaus haben wir ausreichend Zeit, bis dorthin uns die Gedanken zu machen, welche Bedarfe wir wie, wann und wo decken werden.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Für die AfD-Fraktion Herr Naujok.

Abg. **Edgar Naujok** (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Meine Frage wäre, vor allem geht es mir hier um Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben, BOS. Ein Szenario besteht darin, dass die UHF-Frequenzen nur in einem bananenförmigen Gebiet um Kassel zukünftig steuerungsfrei genutzt werden könnten. Sehen Sie dieses Szenario abgewendet? Beziehungsweise welche möglichen Folgen sehen Sie bei diesem Szenario? Gibt es dazu tiefergehende Verhandlungen mit unseren Nachbarstaaten? Können die neuen Frequenzen mit den alten BOS-Funkgeräten überhaupt genutzt werden? Beziehungsweise wann erfolgt eine Neubeschaffung der Funkgeräte?

PStSn **Daniela Kluckert** (BMDV): Zu eins ist es so, das hatte ich schon ausgeführt, dass eine besondere Bedeutung diese Koordinierung mit den Nachbarländern hat. Diese Koordinierung hat einfach eine besondere Bedeutung und sie hat deswegen eine besondere Bedeutung, damit wir das von Ihnen beschriebene Szenario ausschließen können. Insofern wird das nicht kommen, da wir die Koordinierung mit unseren Nachbarländern tätigen werden. Das Zweite ist eine Frage des BMI. Da kann ich leider nichts zu sagen.

Klaus Michels (BNetzA): Entschuldigung, zu den Funkgeräten kann die Netzagentur gerne etwas sagen. Da wir neue Bereiche haben und innovative

Technik, werden alte Geräte dort nicht zum Einsatz kommen können.

Abg. **Edgar Naujok** (AfD): Dann habe ich noch eine Frage, und zwar gibt es einen aktuellen Verhandlungsstand mit Staaten wie Russland, Weißrussland, der Ukraine, welche nach Deutschland einstrahlen? Welche Einigung will die Bundesregierung hier erzielen?

PStSn **Daniela Kluckert** (BMDV): Die Weltfunkkonferenz ist genau dafür da, dass man hier für die Grenzregion einheitliche Standards hat und alle Länder, die dort Mitglied sind – und die von Ihnen beschriebenen Länder sind dort Mitglied – die sind dann auch an die Entscheidungen, die die Weltfunkkonferenz trifft, gebunden. Insofern werden wir, sofern es Nachbarländer sind von uns, auch mit ihnen in die Koordinierung gehen und hier dafür dann in dem Bereich der Koordinierung dafür sorgen, dass man sich im Bereich der Frequenzen nicht stört.

Abg. **Edgar Naujok** (AfD): Wie beurteilen Sie die aktuellen Vermittlungen zwischen den verschiedenen Interessengruppen hinsichtlich der Vergabe des Rundfunk-UHF-Spektrums in Deutschland?

PStSn **Daniela Kluckert** (BMDV): Wir führen Gespräche mit allen. Das machen wir ständig. Das gehört zu unserem alltäglichen Geschäft, zu unserer alltäglichen Arbeit. Wie mein Kollege und ich auch ausgeführt haben, sind wir derzeit am Aufbau dieses Runden Tisches, den wir dann im Anschluss machen werden. Aber es ist auch eins klar, wir müssen abwarten, wie die Entscheidung der Weltfunkkonferenz ist, um überhaupt detailliert in irgendwelche Debatten reinzukommen. Jetzt sprechen wir noch nicht über die einzelnen Vergaben, sondern es geht darum, dass wir diese Weltfunkkonferenz, die vier Jahre in der Vorbereitung war, dann am Ende vier Wochen stattfindet, gut und für Deutschland erfolgreich auch zu bestehen oder zu organisieren und dann zu begleiten. Danach werden wir mit den Akteuren an diesem Runden Tisch zusammen sitzen und darüber sprechen, was das für eine nationale Auswirkungen hat, beziehungsweise wie es ab 2031 aussehen wird.

Abg. **Edgar Naujok** (AfD): Sehen Sie mögliche Konfliktherde bei der künftigen Frequenzvergabe und werden sich diese möglicherweise auch auf die internationalen Beziehungen auswirken?



PStSn **Daniela Kluckert** (BMDV): Nein.

Abg. **Edgar Naujok** (AfD): Das war meine letzte Frage. Danke.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Dann kommen wir zu DIE LINKE. Anke Domscheit-Berg.

Abg. **Anke Domscheit-Berg** (DIE LINKE.): Herzlichen Dank. Irgendjemand anders hatte schon danach gefragt. Andere Länder lösen das BOS-Problem über eine Priorisierung im existierenden Mobilfunknetz. Warum das Deutschland nicht genauso macht? Da hieß es, es ist das BMI zuständig. Ich frage das die BNetzA. Wurde das geprüft?

Klaus Michels (BNetzA): In Vorbereitung der WRC, hier ist das insofern kein Thema. In den Prüfungen hinsichtlich vom BOS, das hängt immer davon ab, wie die Bedarfe vorhanden sind und Lösungsmöglichkeiten. Dass das grundsätzlich keine Möglichkeit ist, mag ich nicht zu sagen. Aber eine konkretisierte Analyse dahingehend wäre mir nicht bekannt.

Abg. **Anke Domscheit-Berg** (DIE LINKE.): Also wurde wahrscheinlich nicht gemacht. Das war auch eine Frage. Ich frage dann noch einmal an die Staatssekretärin. Ich frage mich immer, warum wir das BOS unabhängig von der Möglichkeit über den Mobilfunk, wie das die Nachbarländer so machen, regeln – warum wir nicht das Low-Orbit-Satellitenprogramm nehmen, das wir hier im Ausschuss auch schon gemeinsam besprochen haben. Die EU will ab 2027, ähnlich wie die Starlink-Satelliten, ganz Europa mit einer unabhängigen und sicheren Kommunikation versorgen, mit dem Schwerpunkt Sicherheit und Militär. Das ist also noch bevor bei der Weltfunkkonferenz der Bestandschutz ausläuft. Warum brauchen wir dann noch etwas? Warum müssen wir die Kultur beeinträchtigen?

PStSn **Daniela Kluckert** (BMDV): Erst einmal beeinträchtigen wir die Kultur ehrlicherweise nicht. Das würde ich grundsätzlich bestreiten, denn die Kultur wird natürlich ihren Raum bekommen. Das Zweite ist, diese Frage hatten Sie schon beim letzten Mal gestellt, als wir hier im Ausschuss waren. Auch da hatte ich an das BMI verwiesen. Das BMI meldet uns den Bedarf und dementsprechend agieren wir. Wenn diese Frage so interessant ist, dann würde ich vorschlagen, sie einfach einmal

dem BMI zu stellen. Man kann da auch als Parlamentarier einfach eine Einzelfrage stellen oder eine Kleine Anfrage stellen, denn es ist tatsächlich eine Frage, die ans BMI zu richten ist, nicht ans BMDV.

Abg. **Anke Domscheit-Berg** (DIE LINKE.): Das nehme ich gerne mit, aber ich frage mich schon, warum es bei so einer extrem wichtigen Frage keinen vernünftigen Ressort austausch gibt, das kann ich nicht verstehen. Die Position Richtung Kulturfrequenzen, das sehen natürlich die Inhaber und Nutzer vor allem der Kulturfrequenzen ganz anders. Die sind sehr aufgeschreckt und ausgesprochen in Sorge, das ist bestimmt im BMDV auch mit ganz vielen Briefen und E-Mails angekommen. Dort hat man eine völlig andere Einschätzung dazu und man macht sich große Sorgen. Ich hatte diverse Videokonferenzen mit diversen Vertretern aus Kultur und Medien, die haben jetzt schon Probleme und die fürchten, dass es noch viel schlimmer wird. Insofern frage ich mich schon auch, wie die Verhandlungsposition „co-primär“, die Deutschland in der EU hatte, überhaupt mit dem Satz im Koalitionsvertrag vereinbar ist, dass die Kultur- und Rundfunkbranche ihre Frequenzen dauerhaft erhalten soll. Das geht eigentlich nur bei No Change.

PStSn **Daniela Kluckert** (BMDV): Nein, das sehen wir nicht so. Erst einmal ist es auch jetzt schon so, dass die Kultur- und Medienschaffenden im Prinzip Platzhalter sind für Bereiche, die nicht genutzt werden. Auch jetzt schon ihren Platz haben, obwohl es eine Alleinnutzung gibt durch den Rundfunk. Auch jetzt ist es schon möglich, dass hier die Kulturschaffenden und die Medienschaffenden ihren Platz haben und der Herr Michels hatte es schon ausgeführt, dass es hier auch technologische Neuerungen gibt. Es gibt die Digitalisierung. Wir sehen, dass das terrestrische Fernsehen zurückgeht. All diese Dinge führen dazu, dass wir die Einschätzung vertreten, dass selbstverständlich der Koalitionsvertrag sowieso, aber auch das – ohne auf den Koalitionsvertrag abzielen – hier die Kultur- und Medienschaffenden einen ausreichenden Bereich in der Zukunft haben.

Abg. **Anke Domscheit-Berg** (DIE LINKE.): Also von Rock am Ring bis Ärztekongress gibt es die Probleme schon und die ARD sagt, sie kann künftig keine Wahlberichterstattung mehr mit Livebericht vor Ort machen. Letzte Frage: Wurde denn eine



Folgenabschätzung erstellt und die Folgen konkret untersucht, für die Kultur- und Medienbranche?

PStSn **Daniela Kluckert** (BMDV): Selbstverständlich untersuchen wir das und selbstverständlich machen wir das auch auf dem Stand der neuesten Technologie.

Abg. **Anke Domscheit-Berg** (DIE LINKE.): Können wir das bekommen?

PStSn **Daniela Kluckert** (BMDV): Das muss ich prüfen.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Wir nehmen den Bericht zur Kenntnis. Vielen Dank an die Gäste.

Der Ausschuss beschließt Kenntnisnahme.

Tagesordnungspunkt 4

Antrag der Fraktion der CDU/CSU

Sichere digitale Identitäten schnellstmöglich in Deutschland einführen

BT-Drucksache 20/5354

Die **Vorsitzende**: Wir haben Gäste im Ausschuss, neben Daniela Kluckert, die ich schon vorgestellt habe, ist vom BMDV noch Mirja Rasmusson, Leiterin des Referats "Datenschutz und Cybersicherheit in der digitalen Welt, Vertrauensdienste, Digitale Identitäten" da. Vom Bundesministerium des Innern und für Heimat Staatssekretär Dr. Markus Richter und Hagen-Joachim Saxowski vom Referat „Digitale Identitäten“. Herzlich willkommen. Es gibt kein Eingangsstatement. Es gibt eine Debattenrunde und eine Redezeit von maximal fünf Minuten. Die antragstellende Fraktion beginnt, die CDU/CSU, und Herr Dr. Reichel hat das Wort.

Abg. **Dr. Markus Reichel** (CDU/CSU): Frau Vorsitzende, Frau Staatssekretärin, Herr Staatssekretär, vielen Dank. Wir haben diesen Antrag aufgestellt im Rahmen laufender gesetzgeberischer Verfahren. Wir haben auf der einen Seite auf der europäischen Ebene eIDAS (Verordnung (EU) 910/2014), auf der anderen Seite auf der bundesdeutschen Ebene Projekte wie zum Beispiel das Onlinezugangsgesetz (OZG). Vor diesem Hintergrund und vor dem Hintergrund, dass auch die Bundesregierung die digitalen Identitäten als eines der wesentlichen Leuchtturmprojekte definiert

hat, macht es Sinn, hierüber zu sprechen. Die wesentlichen Inhalte unseres Antrages beziehen sich darauf, dass auf der einen Seite ein klareres Leitbild, auch eine klarere Strategie aufgestellt wird für das Themenfeld der digitalen Identitäten. Dass aber auch konkreter in den Bereichen „mehr Bekanntheit“ und „Verbreitung für die vorhandenen Nutzungen“, also insbesondere elektronischer Personalausweis, mehr Nutzerfreundlichkeit, gearbeitet wird. Dass bei Fristsetzungen, wie zum Beispiel dem Rechtsanspruch auf eine Authentifizierung, ein Punkt gesetzt wird. Dann liegt uns sehr daran, dass wir die Debatte nicht ausschließlich auf das Thema der digitalen Identitäten von natürlichen Personen fokussieren, sondern hier juristische Personen mitdenken und insbesondere auch weiterdenken in Richtung des digitalen Produktpasses. Schließlich möchte ich noch sagen, dass gerade jetzt in dem laufenden OZG-Prozess natürlich auch eIDAS mitgedacht werden muss und auch die Beispiele aus den laufenden Schaufensterprojekten von großer Relevanz sind. Meine Fragen gehen erst einmal an Herrn Staatssekretär Richter. Ein Projekt der Regierung ist die Einführung der Smart-eID. Die wurde mehrfach verschoben. Wann ist denn nun tatsächlich damit zu rechnen? Q4 dieses oder Q1 des nächsten Jahres? Oder können Sie das noch nicht genau sagen?

StS **Dr. Markus Richter** (BMI): Ja, vielen Dank. Die Smart-eID ist entwickelt. Sie ist fertig. Das ist ein guter Fortschritt, den wir in dem Projekt erreicht haben. Wir betreiben aktuell die Pilotumgebung fort, stellen das auch Open Source und zur Nutzung zur Verfügung, damit ein Ökosystem entsteht. Die Produktivsetzung hängt auch von den Schwerpunkten des Einsatzes von Haushaltsmitteln im nächsten Jahr ab.

Abg. **Dr. Markus Reichel** (CDU/CSU): Vielen Dank. Wer ist denn am Ende hierfür und für vergleichbare Fragestellungen wirklich als Entscheider zuständig? Wir haben als eine der Antworten auf unsere Kleine Anfrage erhalten, dass sich in der Bundesregierung 8,95 Vollzeitäquivalente (VZÄ) mit dem Leuchtturmprojekt Digitale Identitäten befassen, was ich schon recht wenig finde, aber das auch noch auf sieben Ministerien verteilt. Ich stelle mir vor, dass das eine Endlosschleife ist. Ich nehme auch an, dass die ein Grund dafür ist, dass es sich so lange bei der Smart-eID hingezogen



hat. Ist denn diese Struktur in dieser Form entscheidungsfähig?

StS Dr. Markus Richter (BMI): Diese Struktur ist jetzt gut etabliert zwischen den Häusern. Es ist so, dass wir insgesamt vor allem vier Baustellen in diesem Projekt haben und diese Arbeitspakete klar zugeordnet sind. Es sind in der engeren Projektsteuerung genau diese VZÄ, die dort eingesetzt sind, aber beteiligt sind viele Arbeitsbereiche. Das betrifft auch zum Beispiel den Konsultationsprozess, wo auch die Zivilgesellschaft deutlich Ressourcen hineinbringt und mit uns zusammenarbeitet. Vielleicht nur die vier Baustellen. Das ist einmal der eID-Server, das ist die App, das ist die EU-Wallet – also die EU-Dimension – und das sind die Berechtigungszertifikatsprozesse, die wir dort bearbeiten.

Abg. Dr. Markus Reichel (CDU/CSU): Dann gleich noch daran anschließend: Wird denn diese Stellenzahl möglicherweise aufgestockt, zum Beispiel im Zusammenhang mit der Verabschiedung von eIDAS? Da Sie das auch gerade angesprochen haben, Herr Staatssekretär, dieser Beteiligungsprozess: Uns hat der Zeitpunkt des Beteiligungsprozesses etwas erstaunt. Wir denken, er kommt etwas spät, aber wo er jetzt schon stattfindet, wie wird er denn konkret in die Umsetzung oder auch in den Abschluss – zum Beispiel des OZG oder anderer Gesetzgebungen – einfließen?

StS Dr. Markus Richter (BMI): Es ist so, dass dieser Konsultationsprozess mit den Workshops in diesem Jahr läuft. Das Ziel ist, dass wir im nächsten Jahr ein Architekturbild verabschieden, das es ermöglicht, die Lösung nachzunutzen. Da geht es sehr stark um Open Source und die Aktivierung von Lösungen, die durch so eine Infrastruktur genutzt werden können. Da ist ein klarer Zeitplan hinterlegt. Es ist gut, nach meinem Dafürhalten, dass wir es genau jetzt tun, denn wenn eIDAS im nächsten Jahr im August in Kraft tritt, dann sollten wir nicht noch ein halbes Jahr an diesem Ding arbeiten, sondern in der Verfasstheit sein, gleich die EU-Vorgaben mit einzuarbeiten. Das ist ein Prozess, wo das auch möglich ist.

Die Vorsitzende: Vielen Dank. Es geht weiter mit Robin Mesarosch für die SPD-Fraktion.

Abg. Robin Mesarosch (SPD): Danke. Danke für den Antrag. Im Kern sagt der Antrag – oder äußert den Vorwurf –, dass die Bundesregierung hier un-

tätig bliebe, dass die Ampel untätig wäre. Das ist ein sehr starker Vorwurf. Ich will einmal sagen, warum der falsch ist. Ich will auch sagen, warum ich den frech, wenn nicht unverschämt finde. Warum das so ist, zeigt der Antrag selbst. Einen Satz finde ich sehr offenbarend. Dort steht, „die CDU/CSU-geführte Bundesregierung arbeitete in der vergangenen Legislaturperiode an verschiedenen Lösungsansätzen“. Dort steckt mehreres drin: Verschiedene Lösungsansätze, und, dass in dieser Zeit keine handfesten Ergebnisse zu Tage gefördert worden sind, von denen wir heute profitieren können. Eben digitale Identitäten, die wir in der Breite ausgerollt hätten. Wenn ich mir den zweiten Absatz in Ihrem Antrag anschau, steht dort, ich zitiere, „Deutschland hat mit dem elektronischen Personalausweis bereits seit 2010 eine technisch hervorragende Lösung für die digitale Identifikation“. Das teile ich, und Sie ätzen immer, wenn wir sagen, dass die Union 16 Jahre regiert hat. Jetzt sind es hier 11 Jahre. Aber es war möglich, finde ich, mit dieser – wie Sie sagen, und wie ich sage – technisch hervorragenden Lösung etwas zu machen. Das ist nicht insofern passiert, als wir ein Ergebnis gesehen hätten, das so aussieht – und was Sie kritisieren – dass deutschlandweit Leute den Personalausweis nutzen, um sich digital zu identifizieren. Deswegen hier der Vorwurf zurück, dass ich es für einigermaßen unverschämt halte, das ist eigenes Versagen an der Stelle, und damit meine ich nicht die Kollegen im BMI. Aber wenn man politische Verantwortung ernst meint, zeigen doch sehr viele Finger auf die Union zurück. Das kann man auch zeigen anhand der Forderungen, die Sie erheben. Punkt 16: Dort fordern Sie – und Sie haben es eben angesprochen, Herr Reichel – die Bundesregierung soll „den Bekanntheitsgrad und das Nutzungsverhalten von digitalen Verwaltungsleistungen bei den Bürgerinnen und Bürgern mit einer bundesweiten und gezielten Kommunikations- und Marketingstrategie unterstützen“. Das ist vollkommen richtig. Das teilen wir. Nur auch hier noch einmal der Einwand: Das wäre durchaus früher möglich gewesen, insbesondere dann, wenn man über den Lösungsansatz hinausgekommen wäre. Wir machen das jetzt – nicht aus dem Grund, da Sie das in Ihrem Antrag schreiben, sondern da wir die Gelder dafür bereitgestellt haben und die Bundesregierung das plant. Die Werbekampagne kommt in den nächsten Monaten. Übrigens aus dem Grund, dass das richtige Ziel der



Werbekampagne ist, mehr in der Bevölkerung zu streuen, dass das geht und dass das eine sinnvolle Lösung ist mit dem Personalausweis – wir haben auch die Energiepreispause für Studierende mit der eID möglich gemacht und es darüber geschafft, dieses Wissen schon einmal breiter zu streuen und die Nutzerzahlen, die zwar immer noch zu niedrig sind, deutlich zu erhöhen. Unter Punkt 9 fordern Sie, und auch hier komme ich immer wieder zurück auf das, was mein Problem mit dem Antrag ist: Die Bundesregierung soll Industrie 4.0 und gar Gaia-X-Projekte für digitale Identitäten vermehrt in den Blick nehmen, um hier ein Digitalidentitäten-Wortspiel zu bringen, was sicherlich nur etwas für Feinschmecker ist, aber dort kann man tief ins Wallet greifen, um Münzen für das Phrasenschwein zu finden. Das ist genau das Problem, was wir haben, wenn wir das, was wir hier tun, begreifen als einen Versuch, irgendwie zeitgemäß zu sein, Hypes zu folgen. Was wir stattdessen tun müssen, ist, belastbare Infrastruktur aufzubauen, damit Digitale Identitäten funktionieren, und das tut die Bundesregierung. Punkt 10 ist ähnlich gestrickt: Die Bundesregierung soll weiterhin Projekte aus dem Programm Schaufenster sichere digitale Identitäten des BMWK technologieoffen erproben. Was ich eingangs meinte: Technologieoffenheit ist grundsätzlich eine schöne Sache, aber wenn das Ergebnis ist, dass es bei Lösungsansätzen bleibt, man sich nie festlegt und nichts gescheit funktioniert, dann ist es in dem Fall schlecht. Deswegen finden wir, hier ist viel Geld verschwendet worden. Wir halten es jetzt nicht für sonderlich überzeugend, dass wir einem Antrag da zustimmen sollten. Sie fordern eine Strategie ein, das kann ich an der Stelle kurz machen, denn die Zeit läuft doch überraschend davon, die an der einfachen Stelle so klang, dass die eID jetzt laufen muss. Wir verzetteln uns hier nicht, sondern bringen das auch zum Laufen. Sie fordern, dass die Nutzer- und Integrationsfreundlichkeit der Ausweis-App 2 erhöht werden soll. Das finden wir eine sinnvolle Forderung. Deswegen haben wir das schon vorher angefangen und das bringen wir jetzt auch sauber zu Ende. Jetzt ist die Zeit zu Ende, und ich glaube, wir können uns einig sein, den Antrag abzulehnen.

Die **Vorsitzende**: Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sabine Grützmacher.

Abg. **Sabine Grützmacher** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Vielen Dank für den Antrag. Es ist schön, dass nachdem die Ampelkoalition in der Digitalstrategie letztes Jahr digitale Identitäten schon als Hebelprojekt benannt hat und viele der Forderungen auch in der Anhörung letztes Jahr erhoben wurden, jetzt die Union dieses wichtige Vorhaben auch noch einmal stärker betont und sich auch vom Leuchtturmprogramm der letzten Wahlperiode anscheinend verabschiedet hat. Auch ich möchte aber hier noch einmal auf die Versäumnisse aufmerksam machen. Wir haben es gerade schon gehört, mehrmals wurde in der unionsgeführten Regierung die Öffentlichkeitsarbeit verschoben, und ich hätte deutlich lieber das Zehnjährige vom elektronischen Personalausweis mit deutlich mehr Erfolgen gefeiert. Dort ist wirklich Zeit verloren gegangen. Es finden sich einige wichtige Punkte darin, die wir auch schon verfolgen. Wir sehen das BMI hier in der Verantwortung. Allerdings werden wir den Antrag ablehnen, auch aus dem Grund, dass Aspekte der Teilhabe und Privacy nicht ausreichend Berücksichtigung finden. Das haben wir bei der Anhörung am Montag auch deutlich gehört. Es muss sichergestellt werden, dass in der Breite Menschen partizipieren können. Menschen ohne elektronischen Aufenthaltstitel drohen, von elektronischen Verwaltungsdienstleistungen ausgeschlossen zu werden. Auch der Deutsche Blinden- und Sehbehindertenverband hat hier die mangelnde Barrierefreiheit der Ausweis-App 2 kritisiert. Deswegen lehnen wir ab und sparen uns insgesamt fast dreieinhalb Minuten.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Sehr vorbildlich. Für die FDP-Fraktion Maximilian Funke-Kaiser.

Abg. **Maximilian Funke-Kaiser** (FDP): Liebe Union, herzlichen Dank für diesen Antrag, wo die Union auch noch einmal wiederholt, was seit vielen Jahrzehnten bekannt ist: Dass digitale Identitäten eines der wichtigsten digitalpolitischen Projekte sind. Wir in der Regierung sind uns dessen bewusst. Deswegen haben wir explizit als erste Bundesregierung in einer Digitalstrategie die flächenmäßige Schaffung von digitalen Identitäten als Hebelprojekt formuliert, was also eine zentrale Rolle bei den digitalpolitischen Projekten und bei der digitalpolitischen Agenda der Bundesregierung spielt. Viele Punkte Ihres Antrages werden bereits umgesetzt und von daher gleich zu Beginn,



um den Spannungsbogen nicht zu weit auszureizen, lehnen wir Ihren Antrag ab. Ich hätte aber trotzdem eine Rückfrage an den Staatssekretär Richter: Sie hatten gerade eben gesagt, die Smart-eID sei fertig, es hinge jetzt am Geld. Ganz konkret: Wie viel Geld brauchen Sie für die Smart-eID und warum wurde das bei der Aufstellung des Einzelplans nicht schon einkalkuliert?

StS Dr. Markus Richter (BMI): Wir haben für das Thema elektronische Identitäten im Haushaltsplan 40 Millionen Euro insgesamt und schauen gerade, wie wir mit Ausgaberesten umgehen. Davon hängt es ein Stück weit ab, was wir dort nutzbar machen können. Die Smart-eID würde im nächsten Jahr etwa knapp 30 Millionen Euro und dann wachsend auf 40 Millionen Euro kosten.

Abg. Maximilian Funke-Kaiser (FDP): Zusätzlich zu den 40 Millionen Euro.

StS Dr. Markus Richter (BMI): Ja. Es wäre das ganze Budget aufgebraucht für die Smart-eID, wenn man so will, wenn wir nur nach dem Haushaltsplan gehen. Deswegen müssen wir schauen, welche Prioritäten wir setzen.

Abg. Maximilian Funke-Kaiser (FDP): Haben Sie vor, innerhalb des Plafonds noch Umschichtungen vorzunehmen? Auch in Rücksprache mit den Haushaltspolitikern?

StS Dr. Markus Richter (BMI): Wir kommen gleich noch zum Haushalt.

Abg. Maximilian Funke-Kaiser (FDP): Ganz klar, trotzdem würde mich das noch einmal interessieren.

StS Dr. Markus Richter (BMI): Dort stehen jetzt erst einmal diese 40 Millionen Euro zur Verfügung, und nach unserer Sichtweise: Das erleichtert die Usability, aber wir müssen unbedingt in den Maschinenraum herein, das heißt, die Skalierbarkeit des Systems mit dem eID-Server weiterentwickeln, und dort wird das Geld dringender benötigt.

Abg. Maximilian Funke-Kaiser (FDP): Herzlichen Dank.

Die Vorsitzende: Vielen Dank, für die AfD-Fraktion Frau Benkstein.

Abg. Barbara Benkstein (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Auch vielen Dank für den Antrag der Union. Ich denke, zu den Pros und Kontras ist

schon genug gesagt worden. Ich möchte mir nur noch eine Forderung herauspicken. Sie fordern einen einheitlichen elektronischen Identitätsnachweis. Das sehen wir kritisch, gerade auch nach der Expertenanhörung zum OZG, wo mehrere Möglichkeiten der Identifizierung kommuniziert wurden. Wir als AfD-Fraktion werden den Antrag ablehnen. Ich habe nur noch eine Frage: Wie möchte denn die Bundesregierung vermeiden, dass die EU-ID-Wallet auf dem Smartphone unter der gleichen Nutzungsproblematik leiden wird, wie der deutsche Personalausweis mit Onlinefunktionen in den letzten zehn Jahren schon gelitten hat? Haben Sie dort vielleicht schon irgendwelche Öffentlichkeitsarbeitskonzepte oder Ähnliches?

StS Dr. Markus Richter (BMI): Ja, insgesamt haben wir eine Kampagne in der Bearbeitung, dort kommt es in der Tat auf den Zeitpunkt an, wann wir die veröffentlichen, lostreten, denn wir wollen auch den Mehrwert darstellen, welche Services darauf laufen. Entscheidend ist die Architektur, die sich maßgeblich unterscheidet. Die eID selbst, der Personalausweis, ist die Eintrittskarte in dieses Ökosystem und auf europäischer Ebene ist vor allem die Wallet vorgesehen, wo noch weitere Anwendungsfälle dazukommen. Das denken wir mit und werden entsprechend ausbauen. In der Tat gibt es inzwischen auch viele gesetzgeberische Änderungen, auch durch das Onlinezugangsgesetz 2.0, wo auch die verbindliche Einbindung der Bund-ID vorgesehen wird, mit unterschiedlichen Identifizierungsmöglichkeiten, sodass schon qua Gesetz dargestellt ist, dass dort auch hohe Flexibilität und Adaptionsfähigkeit weiter besteht und dort trotzdem eine Verbindlichkeit ist, was das Anbieten für Menschen und Unternehmen anbelangt, einschließlich des Organisationskontos.

Abg. Barbara Benkstein (AfD): Dann war es das. Dankeschön.

Die Vorsitzende: Vielen Dank, und für DIE LINKE Anke Domscheit-Berg.

Abg. Anke Domscheit-Berg (DIE LINKE.): Herzlichen Dank. Zum Antrag der Union: Tatsächlich, ein paar Problembeschreibungen teilen wir durchaus auch. Wir finden die Verteilung der Zuständigkeiten auf vier Ministerien auch ein bisschen problematisch. Wir finden auch gut, dass der elektronische Personalausweis als gute Lösung erkannt wurde. Dann hört es aber auch fast schon



wieder auf. Wir haben mit der Smart-eID eher Probleme. Viele Sachverständige haben das auch in der Anhörung als problematisch betrachtet, da man dann am Ende eine hoheitliche Aufgabe mit Betriebssystemen privater Unternehmen entwickelt, betreibt und am Ende auch kontrolliert. Wenn man ein bisschen Pech hat und dann die Googles dieser Welt sagen, du musst dich jetzt aber mit der Smart-eID identifizieren, dann habe ich am Ende eine Überidentifizierung, und das finden wir gefährlich und wollen die nicht haben. Deswegen lehnen wir diesen Antrag ab. Einige meiner Fragen sind nebenbei schon beantwortet worden. Es sind aber auch noch ein paar übrig. Nämlich habe ich zum Thema eIDAS gehört, dass Deutschland sich gegen die Aufnahme von Zero Knowledge Proof ausgesprochen haben soll, und zwar sogar als Empfehlung, mit der Begründung, das sei noch nicht ausgereift. Also nicht einmal als unverbindliche Empfehlung wollte man es drin haben. Dabei hat man uns in der Anhörung schon gesagt, Zero Knowledge Proof ist mit dem elektronischen Personalausweis sogar schon möglich. Ich kann das nicht nachvollziehen. Stimmt das überhaupt?

StS Dr. Markus Richter (BMI): Also es ist mir nicht bekannt und wäre mir tatsächlich selbst auch neu. Ich gehe dem nach.

Abg. Anke Domscheit-Berg (DIE LINKE.): Ja, ich kann es mir auch überhaupt nicht vorstellen, aber es wurde nachdrücklich behauptet. Insofern, wer weiß. Mal nachhören. Dann ist auf das Thema Marketingkampagne gerade noch einmal kurz Bezug genommen worden. Dort hieß es auch, das soll noch in diesem Jahr kommen, gegen Ende des Jahres. Jetzt haben wir Ende des Jahres, also kommt die absehbar jetzt doch nicht mehr im Jahr 2023 für den elektronischen Personalausweis?

StS Dr. Markus Richter (BMI): Unsere Planung war, dass wir das in diesem Jahr ausschreiben, wir zuschlagen. Das hat stattgefunden. Wir sind in der Abstimmung mit dem Bundespresseamt, welches federführend ist. Wann genau welche Plakate wo aufgehängt werden und der offizielle Start dieser Kampagne steht noch nicht fest. Das hängt davon ab, was wir für Inhalte noch hineinlegen. Wir sind gerade in der Abstimmung, es gilt für uns Gründlichkeit vor Schnelligkeit.

Abg. Anke Domscheit-Berg (DIE LINKE.): Aber die Ausschreibung, die kommt noch in diesem Jahr?

StS Dr. Markus Richter (BMI): Wir hatten schon ausgeschrieben und auch schon bezuschlagt.

Abg. Anke Domscheit-Berg (DIE LINKE.): Sehr gut. An das Bundespresseamt vermute ich – gerade messerscharf geschlossen.

StS Dr. Markus Richter (BMI): Das Bundespresseamt ist federführend für die Maßnahme.

Abg. Anke Domscheit-Berg (DIE LINKE.): Also irgendeine Agentur hängt noch dran. Hat sich denn was getan in Hinsicht Monopolstellung mit all den Nachteilen bei der Bundesdruckerei? Wir erinnern uns an den Markt mit einem Marktteilnehmer, der kein Monopol ist.

StS Dr. Markus Richter (BMI): Wir haben das aufgegriffen, auch aus der Anhörung hier im Ausschuss, und haben intensive Gespräche geführt und setzen deswegen sehr stark auf Open Source, auf ein offenes System, wir sind mit der SPRIND-Agentur (Agentur für Sprunginnovationen) – und deswegen auch das Beteiligungsverfahren, was wir aktuell durchführen, genau mit der Zielrichtung, ein offenes System zu gestalten, wo es eben keinen Monopolisten gibt.

Abg. Anke Domscheit-Berg (DIE LINKE.): Ich spreche jetzt nicht von der Smart-eID, sondern vom elektronischen Personalausweis.

StS Dr. Markus Richter (BMI): Ich spreche auch davon, in der Tat. Das ist dann die Frage der Zertifikatserteilung, auch was mit dranhängt. Auch diesen Prozess schauen wir gerade an, da das auch ein Stück weit ein Bottleneck darstellt, dass wir das beschleunigen. Aber es ist auch jenseits der Smart-eID insgesamt das Ziel, durch den Beteiligungsprozess eine Architektur am Anfang des nächsten Jahres vorzusehen, die auf diese Offenheit Wert legt.

Abg. Anke Domscheit-Berg (DIE LINKE.): Das heißt, das geht dann auch ohne Bundesdruckerei?

StS Dr. Markus Richter (BMI): Die Bundesdruckerei wird dort weiter eine maßgebliche Rolle spielen, aber wir sind dabei, dass ein Server nicht nur bei der Bundesdruckerei stehen muss und dort betrieben wird.



Abg. **Anke Domscheit-Berg** (DIE LINKE.): Also es ginge dann auch ohne Bundesdruckerei, mit irgendetwas anders?

StS **Dr. Markus Richter** (BMI): Ja, genau.

Abg. **Anke Domscheit-Berg** (DIE LINKE.): Dann schenke ich die eine Minute dem Ausschuss.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank, dann kommen wir zur Abstimmung.

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU die Ablehnung des Antrags auf BT-Drucksache 20/5354.

Tagesordnungspunkt 5

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2024 (Haushaltsgesetz 2024 – HG 2024)

BT-Drucksache 20/7800

a) Einzelplan 06 (Bundesministerium des Innern und für Heimat)

b) Einzelplan 09 (Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz)

Die **Vorsitzende**: Wir haben eine verbundene Debatte zu TOP 5 a) und TOP 5 b). Als Gäste haben wir weiterhin vom Bundesministerium des Innern und für Heimat den Staatssekretär Dr. Markus Richter und Eike Ekrot aus dem Haushaltsreferat des BMI. Dann haben wir vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz Dr. Anna Christmann, Beauftragte des BMWK für die Digitale Wirtschaft und Startups. Dabei sind außerdem Marco-Alexander Breit, Leiter der Unterabteilung „Künstliche Intelligenz, Daten und Digitale Technologien“, Michael Schultz, Leiter des Referats „Grundsätze der nationalen und internationalen Digitalpolitik, Digitalisierung und Nachhaltigkeit“ und Frank Fischer, Leiter des Referats „Kultur und Kreativwirtschaft“. Herzlich willkommen allen Beteiligten. Anna Christmann kommt sofort, aber das BMWK ist schon einmal besetzt. Wir fangen an mit dem Eingangsstatement von je drei Minuten. Als erstes das BMI, und dann haben wir zwei Debattenrunden angedacht. Fünf

Minuten pro Runde bekommen wir nicht hin.

Wenn wir um 18.00 Uhr fertig sein wollen – und ich glaube, alle haben Anschlussstermine –, dann sollten wir die Runden auf entweder zwei à drei Minuten oder eine Runde à sechs Minuten verkürzen. Wir machen wir zwei Runden à drei Minuten. Dann haben Sie das Wort, Herr Richter.

StS **Dr. Markus Richter** (BMI): Ganz herzlichen Dank. Ich mache es auch kurz. Vielleicht kurz auch zur Einordnung in den Gesamthaushalt: Das BMI hat einen Haushalt von 12,9 Milliarden Euro im kommenden Jahr, sind damit konstant zum Haushalt davor, 13,1 Milliarden Euro waren das, und das ist ein faktischer Aufwuchs von verfügbaren Mitteln gegenüber dem Finanzplan von 600 Millionen Euro im kommenden Jahr. Es ist so, dass wir trotzdem in schwierige Situationen kommen, denn der Haushalt des BMI ist auch sehr festgelegt. Das betrifft Stellen, das betrifft Sachausgaben, das betrifft aber auch zum Beispiel 4,3 Milliarden Euro an Mitteln, die bei der Bundespolizei vorgesehen sind. Also die Summe 12,9 hört sich erstmal groß an, aber verteilt sich dann auf klare Positionen an der Stelle. Beim Digitalisierungsbudget, wenn ich das zusammenfassen kann unter dem Kapitel IT und Netzpolitik, Digitalfunk und moderne Verwaltung, wenn man dort alle Titel zusammenrechnet, sind wir bei 681 Millionen Euro für Digitalisierungsmaßnahmen, wobei noch 366 Millionen Euro für den Digitalfunk hinzukommen. Das ist das Gesamtbudget. Wir haben in der Vergangenheit stark von Konjunkturmitteln gelebt, die qua Definition endlich sind. Es war eigentlich vorgesehen, dass sie schon Ende 2022 enden. Die Bundesregierung hat in gemeinsamer Abstimmung das noch mal verlängert, mit der Laufzeit bis zum Ende dieses Jahres, woraus wir insbesondere auch mit Blick auf die Länder die Kooperation finanziert haben, was das Online-Zugangsgesetz angeht. Wir sind jetzt gerade dabei, und das zieht sich durch viele Haushaltstitel, Ausgabereiste zu generieren, sodass wir in der Verfasstheit sind, im nächsten Jahr die richtigen Prioritäten weiter setzen zu können. Wie hoch die Ausgabereiste im Konkreten sein werden, ist noch nicht abschließend klar. Was uns wehtut, ist die Kappungsgrenze für Ausgabereiste. Es ist vorgesehen, laut Beschluss des Haushaltsausschusses, dass 15 Prozent beziehungsweise 10 Prozent der Ausgabereiste verfallen und nur der Rest übertragen werden darf. Jetzt sind wir dabei, auch aktiv Ausgabereiste zu



generieren für das nächste Jahr. Da tut so ein Beschluss weh. Das in der Gesamtdarstellung.

Die **Vorsitzende**: Gut, vielen Dank. Für das BMWK Herr Breit.

Marco-Alexander Breit (BMWK): Vielen Dank. Für uns auch die Einordnung, ähnlich wie bei Herrn Richter im BMI: Es ist so, dass wir auch von der Sondersituation im Jahr 2022 und vorher wegen der Corona-Krise kommen. Weiterhin ist die digitale Agenda im BMWK von höchster Priorität. Wir werden im nächsten Jahr 623 Millionen Euro im Einzelplan 09 haben. Was man nicht vergessen darf in diesem Zusammenhang, sind die weiteren 4 Milliarden Euro, die wir für die Halbleiterförderung in die Hand nehmen. An der Stelle sei gesagt, nur ganz kurz, der Einzelplan 09 sollte quasi bei der digitalen Agenda nicht vergessen werden. Faktisch im Einzelplan 09 sind 155 Millionen Euro für das IPCEI (Important Projects of Common European Interest) Cloud- und Datenverarbeitung, also für die nächste Generation von Cloud- und Edge-Infrastrukturen. Wir investieren weitere 143 Millionen Euro in die Entwicklung digitaler Technologien, also im vorwettbewerblichen Bereich für Informations- und Kommunikationstechnologien, Künstliche Intelligenz und Quantencomputing. Wir führen fort die im Bereich der Datenökonomie wichtigen Maßnahmen im Gaia-X-Förderwettbewerb in Höhe von 42 Millionen Euro. Das sind auch die mittlerweile relativ bekannten Leuchtturmprojekte OpenGPT-X. Das ist ein GPT-Programm, das kennt mittlerweile jeder, das wir seit 2019 auf der Agenda haben. Und Marispace-X, ein ziemlich bedeutendes, mittlerweile als Leuchtturm bekanntes Projekt. Wir investieren weitere 60 Millionen Euro für den praxisnahen Wissenstransfer Mittelstand Digital, weitere 82 Millionen Euro für Digital Jetzt. All diese Programme kommen mittelständischen Unternehmen zugute, begleiten sie auf dem Weg in die Datenökonomie und bei digitalen Investitionen. Für die etwas größeren Unternehmen, unter anderem, haben wir dann noch 38 Millionen Euro über die Initiative Industrie 4.0, Manufacturing-X, das Ihnen wahrscheinlich auch bekannt ist, hat 150 Millionen Euro jetzt über die längere Laufzeit. Das sind in 2024 22 Millionen Euro. Ich bin des Weiteren gebeten worden, über Games auszuführen. 48,8 Millionen Euro hatten wir für 2024 vorgesehen. Das sind zwei Millionen, die gehen in die

Games-Strategie, der Rest sollte eigentlich in die Förderung gehen. Die Mittel, die nicht in die Games-Strategie gehen, können wir aber für die Förderung auch nehmen. Es sei nur gesagt, dass wir eigentlich noch zwei Millionen haben für über Computerspielförderung hinausgehende Maßnahmen, Standortmarketing und anderes. Die Games-Förderung ist eigentlich sehr erfolgreich, auch in relativen Zahlen. Zum einen haben wir 550 Projekte von über 200 Millionen Euro in der Laufzeit der Games-Förderung, die schon in der letzten Regierung, damals noch im BMDV, gestartet ist, angeschoben. Die Bewilligungssummen steigen auch von Jahr zu Jahr, und wir sehen, dass auch die Anzahl der Unternehmen von Jahr zu Jahr steigt. Insofern, im zweistelligen Bereich sehen wir, dass die Förderung auch positive Effekte nach sich zieht. Die Frage, die alle umtreibt, warum wir jetzt den Förderstopp verkünden müssen, hat vor allem die Grundlage, dass dies ein Projekt oder ein Programm ist, das das Early-Bird-Prinzip hat. Das heißt, die Unternehmen kommen, stellen Anträge und die Ersten bekommen es. Wenn die Anträge groß sind, dann ist auch mehr Geld weg, und deswegen sind wir wieder in der Lage, dass das Programm eigentlich ausgeschöpft ist.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Dann kommen wir in die erste Debattenrunde. Dr. Jens Zimmermann für die SPD-Fraktion.

Abg. **Dr. Jens Zimmermann** (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich will als Sprecher der größten Regierungsfraktion hier noch einmal sagen, dass ich absolut verstimmt bin. Wir haben kurzfristig in der letzten Sitzungswoche die Anhörung des BMWK auf Bitte des BMWK verschoben, da man uns nicht einmal einen Unterabteilungsleiter in der letzten Woche schicken konnte. Das ist jetzt nichts gegen Sie, aber ich finde, es ist angemessen, dass hier vor dem Parlament dann auch entsprechend Senior jemand hier anwesend ist. Ich finde, das geht so nicht, so kann man nicht mit dem Parlament umgehen. Das BMI ist auf Staatssekretärs-Ebene vertreten. Ich finde, das geht so nicht, zumal mit der Vorgeschichte aus der letzten Woche. Das will ich schon klar sagen, ich bin stinksauer, was das angeht, und das sage ich hier quora Opposition. Ich hätte zu der Games-Förderung auch direkt eine Frage. Sie haben das eben so drollig gesagt mit dem Early-Bird-Prinzip. Halten Sie das denn eigentlich für ein sinnvolles Konzept?



Sprich, wir fördern nicht irgendetwas, was wir nach irgendwelchen Kriterien für sinnvoll erachten, sondern wenn irgendwelche großen amerikanischen Studios kommen, die gut darin sind, Anträge zu stellen, dann bekommen die viel Kohle. Aber wir haben jedes Jahr irgendwie diese lustige Geschichte, dass wir in diesen Förderstopp laufen. Gibt es für den Haushalt im kommenden Jahr die Idee, dieses Konzept zu ändern?

Marco-Alexander Breit (BMWK): Anna Christmann würde gerne schon hier sein, hat aber gerade im Plenum vorgetragen, sie ist auf dem Weg hierher, insofern ist das BMWK gleich in wenigen Sekunden auch höherrangig vertreten. Zu Ihrer Frage zu Games auch sehr gerne: In der Tat, das Early-Bird-Prinzip hat Probleme. Das will ich aber gar nicht an der Größe der Unternehmen festmachen, die davon profitieren, denn wir haben ein Mehr-Facetten-Ziel. Auf der einen Seite wollen wir in Deutschland große Ansiedlungen von Videospieleunternehmen fördern und damit auch große Studios am Ende dann in den Genuss von Förderung bringen. Das ist nämlich einfach eine Frage des internationalen Wettbewerbs. Auf der anderen Seite fördern wir auch kleine und mittlere Unternehmen der Games-Branche und teilweise auch kleine Einzelentwickler, die davon profitieren, denn wir wollen das Ökosystem an allen Enden anfütern.

Abg. **Dr. Jens Zimmermann** (SPD): Ich würde Sie einfach in den 30 Sekunden noch bitten, meine Frage zu beantworten.

Marco-Alexander Breit (BMWK): Okay, ich dachte, das hätte ich getan, aber okay. Die Branche ist auch sehr interessiert daran, dass es ein Early-Bird-Prinzip ist. Wir evaluieren das gerade und wir haben auch bedingte, begründete Zweifel, auch aus der Situation, in die wir jedes Jahr laufen, mit einem auslaufenden Etat beim Early-Bird-Prinzip. Wir wollen das noch einmal sehr genau abzuwägen. Robert Habeck hat bei der Gamescom auch angekündigt, dass wir das Modell der Tax Credits prüfen. Insofern prüfen wir ergebnisoffen, und das Early-Bird-Prinzip ist nicht unbedingt die erste Wahl.

Die **Vorsitzende**: Die Raumfahrtstrategie ist aufgesetzt im Bundestag, das ist tatsächlich der Punkt, dass es nicht möglich wäre, dass Anna Christmann nicht anwesend ist im Plenum. Allerdings hat das

BMWK mehr Staatssekretärinnen und Staatssekretäre, auch parlamentarische. So, das als Rückmeldung von diesem Ausschuss, und ich glaube, dem können wir als Ausschuss auch insgesamt zustimmen. Dann hat für die CDU/CSU-Fraktion Herr Henrichmann das Wort.

Abg. **Marc Henrichmann** (CDU/CSU): Vielen Dank an das BMI. Herr Staatssekretär Richter, Herr Ekrot, die Frage: Im August hat die SZ markig geschrieben, „Peanuts für die Digitalisierung“ und meint die Tatsache, dass die Mittel für die Digitalisierung der Bundesverwaltung von 377 auf 3 Millionen Euro zusammengestrichen wurden. Jetzt ist in dem gleichen Artikel – und Sie haben es gerade auch angesprochen – die Verteidigungsrede, es gibt Restmittel und die setzen wir ein an verschiedenen Stellen im Haushalt, sodass man irgendwie das Niveau halten könne. Jetzt habe ich gehört, sie kommen aus Konjunktur- und Coronamitteln. Aber es ist, ehrlicherweise, wenn wir die Aufgabe wahrnehmen wollen, dass das Parlament die Regierung kontrolliert, so ein bisschen der ausgestreckte Mittelfinger in Richtung Parlament, wenn man nur sagt, es gibt Restmittel. Die Frage ist allerdings: In welcher Höhe verfügen Sie über Restmittel und wie konkret werden welche Restmittel welcher Haushaltsposition zugeordnet und wer entscheidet konkret im Haus, welche Restmittel in welche Projekte gehen?

StS **Dr. Markus Richter** (BMI): Vielen Dank. Wir halten uns an die Titel des Haushaltes. Das heißt, wenn wir jetzt im Bereich Onlinezugangsgesetz Ausgabereste voraussichtlich in einer Größenordnung von 250 bis 300 Millionen Euro generieren, dann bleiben die Mittel auch für das OZG zur Verfügung. Also switchen wir nicht zwischen den Bereichen. Wenn das im Einzelfall erforderlich sein sollte, dann stimmen wir das mit dem BMF ab.

Abg. **Marc Henrichmann** (CDU/CSU): In welcher Höhe sind die denn dann da? Sie können jetzt bestätigen oder sagen, dass das Haushaltsniveau 2023 durch die Bank bei allen Positionen im digitalen Bereich gehalten wird durch Restmittel.

StS **Dr. Markus Richter** (BMI): Die Konjunkturmittel enden und wir stellen keine Mittel mehr im Onlinezugangsgesetz für die Länder zur Verfügung. Die Ausgabereste, die wir aktuell generieren, das ist ein aktives Arbeiten auch dafür, die verwenden wir für Aufgaben im Bund. Beispiel:



Onlinezugangsgesetz, also für das Portal oder für die Bund-ID, dafür werden die Mittel dann eingesetzt.

Abg. **Marc Henrichmann** (CDU/CSU): Trotzdem die Frage: Gibt es Haushaltskürzungen in irgendeinem Budget oder können Sie das kategorisch ausschließen? Denn die Frage ist weiterhin offen.

StS **Dr. Markus Richter** (BMI): Also wir sind genau in der Finanzplanung, wie sie schon vorher gegolten hat, und insofern gibt es keine Kürzungen in dem Sinne, sondern die Konjunkturmittel laufen aus und wir haben im Bereich der Digitalisierung Investitionsbedarfe vor allem in Infrastruktur, und dort stehen Ausgabereste zur Verfügung, die wir aber zweckgebunden für diese Bereiche einsetzen, so wie sie vom Parlament auch beschlossen worden sind.

Abg. **Marc Henrichmann** (CDU/CSU): Das macht es schwierig und ich lese ein bisschen das Prinzip Hoffnung als Statement daraus, denn eine klare Aussage war es jetzt nicht, aber trotzdem danke.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank, und für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Tobias Bacherle.

Abg. **Tobias Bacherle** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, vielen herzlichen Dank. Meine erste Frage geht ans BMWK. Bei der Lektüre des Haushaltsplans wird immer wieder angemahnt, dass dabei Kürzungen auch bei der Förderung von KI ins Auge fallen. Wie stark ist denn der Bereich KI bei Ihrem Titel von den Kürzungen betroffen, beziehungsweise wie gehen Sie mit dem notwendigen Spardruck hinsichtlich KI um?

Marco-Alexander Breit (BMWK): Ja, vielen Dank. Die Mittel zum Beispiel aus der KI-Strategie, die Sie zum Beispiel im Gaia-X-Förderwettbewerb finden, konnten wir erfolgreich gegen Umschichtungen und Kürzungen verteidigen. Also immer noch aus der KI-Strategie kommend, werden diese Gelder auch ausgezahlt und die Projekte laufen weiter. Was an der Stelle zu erwähnen ist, ist, dass mit ausbleibenden neuen Mitteln dann auch neue Projekte nur sehr schwer angeschoben werden können. Es sei denn, man macht innerhalb des Hauses andere Umschichtungen. Ich würde also zu dem Ergebnis kommen, um die Frage sehr klar zu beantworten, dass die alten zugesagten Maßnahmen alle laufen können. Für neue Maßnahmen bräuchte man frisches Geld, und insofern, wenn

man im Bereich der KI neue Dinge anschieben will, muss man dort noch committen.

Abg. **Tobias Bacherle** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen herzlichen Dank. Wie sieht es denn hinsichtlich der Förderung von Open Source-Software in Deutschland aus und wie wird sichergestellt, dass das in Zukunft auch ausfinanziert ist?

Marco-Alexander Breit (BMWK): Der angesprochene Sovereign Tech Fund, der in diese Kategorie fallen würde, läuft weiter. Dort haben wir auch weitere Mittelaufwüchse. Den finden Sie allerdings nicht im digitalen Agenda-Titel, sondern im Innovations-, Technologie- und neue Mobilität-Titel. Nur für die Haushaltsklarheit. Dort haben wir auch Aufwüchse, wie gesagt, zu verzeichnen. Ich würde die Maßnahmen des Sovereign Tech Fund als verstetigt bezeichnen. Zusätzlich dazu ist es auch so, dass wir gerade innerhalb des BMWK mit dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), mit dem Sovereign Tech Fund und der SPRIND Gespräche darüber führen, wie man dem Sovereign Tech Fund mehr Eigenständigkeit geben kann und ihn in eine tragfähige Struktur, wie auch dieses politische Commitment unterstreicht, überführen kann.

Abg. **Tobias Bacherle** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr gut, vielen herzlichen Dank. Vielleicht können Sie in den letzten Sekunden noch darauf eingehen, welche Probleme bei diesem Umschichten angefallen sind im Hinblick auf digitalpolitische Vorhaben im BMWK.

Marco-Alexander Breit (BMWK): Vielen Dank. Vielleicht kann ich es an einem erfolgreichen Beispiel machen. Die Tatsache, dass die Konjunkturmittel endlich waren und natürlich in den Jahren, wo Corona auf der deutschen Wirtschaft lastete, an verschiedenen Stellen geringere Mittelabflüsse zu verzeichnen sind, als es der Plan – zum Beispiel bei den KI-Mitteln im damaligen Konjunkturpaket – war, hat dazu geführt, dass die Mittel auch über die Strecke 2023, 2024 und 2025 eigentlich entweder fehlen oder nicht in dem Maße vorhanden sind, wie man sie gebraucht hätte. Wie gesagt, dort ist dann die Entscheidung auch des BMWK in diesem Falle positiv ausgefallen, das dann andererseits quer zu finanzieren. Insofern, die Probleme haben wir alle und sie kommen in der Tat aus der Zeit um die Abrufung der Mittel.



Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Dann für die FDP Manuel Höferlin.

Abg. **Manuel Höferlin** (FDP): Danke, Frau Vorsitzende. Ich habe die erste Frage an das Innenministerium. Es geht um die Titelgruppe 8, die Registerlandschaft. Dort gibt es einen Entschließungsantrag des Deutschen Bundestages, in dem es darum geht, dass das Datenschutzcockpit nach Umsetzung der bereits bestehenden Anforderungen aus dem Registermodernisierungsgesetz als zentrales Transparenz- und Steuerungswerkzeug für Bürgerinnen und Bürger etabliert werden soll und weiterentwickelt wird. Im Haushaltsentwurf ist bislang nicht ersichtlich, dass das dort in einem eigenen Haushaltstitel verankert ist. Deswegen die Frage: Wird ein eigener Haushaltstitel zur Weiterentwicklung des Datenschutzcockpits im Haushalt 2024 verankert sein und wie hoch werden die Mittel dafür sein?

StS **Dr. Markus Richter** (BMI): Vielen Dank für die Frage. Wir haben für die Registermodernisierung einen eigenen Titel. Ich kann gleich die Zahl noch nennen, aber in diesem Titel sind auch die Mittel für das Datenschutzcockpit mit vorgesehen, das unmittelbar parallel mit angegangen wird und woran auch schon gearbeitet wird, in der Umsetzung.

Abg. **Manuel Höferlin** (FDP): Aber es sind keine weiteren Mittel, obwohl es einen zusätzlichen Auftrag gibt. Der Entschließungsantrag fordert die Bundesregierung auf, das Datenschutzcockpit fortzuentwickeln.

StS **Dr. Markus Richter** (BMI): Es bleibt bei dem Anspruch, wobei wir auch dort aktuell Ausgabe- reste in diesem Jahr generieren. Das Gesetz für die ID-Nummern ist gerade erst in Kraft getreten. Das Programm geht gerade erst richtig los und dadurch haben wir auch Ausgabereste, die wir im nächsten Jahr auch dafür verwenden können.

Abg. **Manuel Höferlin** (FDP): Also wird das BMI aus Ausgabenresten den Auftrag zur Weiterentwicklung machen.

StS **Dr. Markus Richter** (BMI): Das ist das Ziel. Wie hoch die Ausgabereste sind, sehen wir am Ende des Jahres.

Abg. **Manuel Höferlin** (FDP): Dann habe ich eine zweite Frage zu dem Entschließungsantrag, der die Bundesregierung auffordert, unter Punkt 5, zeitnah Projekte zu beauftragen, die unter Beteiligung rele-

vanter Stakeholder aus Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft innovative Vorschläge zur Umsetzung der Registermodernisierung über das bestehende Steuer-ID-Modell hinaus zu machen und unter Testbedingungen zu erproben und einen Proof of Concept Demonstrator zu entwickeln. Auch das finden wir im Haushalt nicht. Aus welchen Mitteln wird das gemacht? Auch aus Haushaltsausgabenresten?

StS **Dr. Markus Richter** (BMI): Korrekt.

Abg. **Manuel Höferlin** (FDP): Dann müssen noch viele Ausgabenreste generiert werden.

StS **Dr. Markus Richter** (BMI): Absolut. Aber insgesamt für eID und für Registermodernisierung ohnehin.

Abg. **Manuel Höferlin** (FDP): Dann noch eine Frage zum kürzlich vorgestellten Deutschland-Pakt. Dort werden 15 Verwaltungsleistungen, sogenannte Fokusleistungen, als durchgängig zu digitalisieren definiert, zum Beispiel Ummeldungen des Wohnsitzes. Wo finden sich diese 15 priorisierten Leistungen im Haushalt wieder?

StS **Dr. Markus Richter** (BMI): Die sind im Onlinezugangsgesetz. Die werden vor allem dieses Jahr bezahlt. Das Ziel ist, in diesem Jahr durch die Tür zu kommen. Das, was die Länder in diesem Jahr nicht schaffen umzusetzen, müssen sie selbst im nächsten Jahr finanzieren. Wir haben aktuell noch ein zentrales Budget bei der Föderalen IT-Kooperation (FITKO), und dort ist gerade ein Beschluss gefasst worden mit den Ländern zusammen, dass wir jetzt erst einmal zu einem gemeinsamen Budget bei der FITKO kommen, aus dem das auch finanziert werden kann.

Abg. **Manuel Höferlin** (FDP): Danke.

Die **Vorsitzende**: Für die AfD-Fraktion Herr Janich.

Abg. **Steffen Janich** (AfD): Vielen Dank. Meine Frage betrifft den Einzelplan 6. Welche haushalterischen Spuren hat die Forderung des Bundesrechnungshofs vom 29. März 2023, ich zitiere, „der Bund sollte zudem auf eine föderale Digital- und IT-Strategie hinwirken, die den Rahmen für eine erfolgreiche Transformation der öffentlichen Verwaltung bildet“, im aktuellen Haushaltsentwurf hinterlassen?

StS **Dr. Markus Richter** (BMI): Das findet sich bei dem Finanzanteil des Bundes des Budgets für die



FITKO, und die Länder und der Bund haben jetzt gerade einen Beschluss gefasst, wo erstmals alle Beteiligten – also auch alle Länder – erkannt haben, dass wir zunehmend eine gemeinsame IT steuern. Und deswegen ist Beschlusslage, dass wir nicht nur eine gemeinsame Strategie festlegen, kein großes Papier, sondern ein paar Prinzipien, die wir festhalten, Cloud, Mobile First und so weiter und ein Portfolio Management anlegen, das die Wiederverwendbarkeit von Komponenten erleichtert.

Abg. **Steffen Janich** (AfD): Vielen Dank. Meine zweite Frage: Welche Teilprojekte des Behörden-Digitalfunks wurden bisher haushalterisch als erfolgreich abgeschlossen kategorisiert? Warum erfolgt eine Kategorisierung „erfolgreich abgeschlossen“, wenn der Behörden-Digitalfunk tatsächlich nicht überall einwandfrei funktioniert?

StS **Dr. Markus Richter** (BMI): Wir haben zunächst einmal eine Kommunikation zwischen den Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) mit Tetra. Das funktioniert einwandfrei. Das Entscheidende ist jetzt der Einstieg in Breitband. Dort haben wir eine gemeinsame Strategie verabschiedet mit den Ländern. Hier sind wir noch einmal in der Reflexion, wie können wir möglichst effektiv auch unter den engen finanziellen Rahmenbedingungen so zusammenwirken, dass wir dort auch durch die Tür kommen. Keine einfache Aufgabe, es hängt auch davon ab, wie viele Ausgabereste wir tatsächlich dieses Jahr bei der Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BDBOS) generieren.

Abg. **Steffen Janich** (AfD): Dann hätte ich zu diesen Ausgaberesten noch eine Frage. Welche Ausgabereste wurden im Jahr 2023 in jedem der Kapitel 06-02, 06-22, 06-23 gebildet und wie wird jeder dieser Ausgabenreste begründet und dokumentiert? Ich würde allerdings dort auch eine entsprechende schriftliche Antwort bevorzugen, wenn das zu umfangreich ist.

StS **Dr. Markus Richter** (BMI): Das ist nicht umfangreich. Das ist gewohnte Praxis. Sie meinen die Ausgabereste, die von 2022 nach 2023 übernommen worden sind. Bestes Beispiel BDBOS-Breitband – es macht erst dann Sinn, dort hineinzugehen, wenn der Topf groß genug ist. Deswegen ist das Generieren von Ausgaberesten, zweckgebun-

den für diesen Titel, die Aufgabe. Das ist etwas, an dem wir aktiv arbeiten, Ausgabereste zu generieren.

Abg. **Steffen Janich** (AfD): Vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Und für DIE LINKE. Anke Domscheit-Berg.

Abg. **Anke Domscheit-Berg** (DIE LINKE.): Ich mache die erste Runde zum BMI. Zuerst zum Thema digitale Souveränität, ein Begriff, der erfreulicherweise 20-mal vorkommt, irgendwo im Titel. Sich aber hauptsächlich im Titel sonstige Dienstleistungen an Dritte für das Zentrum für Digitale Souveränität (ZenDiS) versteckt, wobei das von 48 Millionen Euro auf nicht einmal ganze 25 Millionen Euro gekürzt werden soll. Wie soll man denn mit so einer Kürzung ZenDiS zum Erfolg machen?

StS **Dr. Markus Richter** (BMI): Das ist immer der Vergleich zur Finanzplanung. Ich bin froh, dass wir ZenDiS nicht nur gegründet haben, sondern aktuell Personal einstellen, einen Ort gefunden haben, die ersten Beauftragungen stattfinden, was Open Code anbelangt, aber auch was Open Desk anbelangt. Das heißt, wir sehen im Augenblick keine Showstopper für diese Beauftragung und sind froh, dass das ans Laufen kommt.

Abg. **Anke Domscheit-Berg** (DIE LINKE.): Sie haben kein Problem mit der Kürzung?

StS **Dr. Markus Richter** (BMI): Aktuell nicht. Ich als IT-Beauftragter der Bundesregierung würde immer noch mehr Geld rufen, das ist klar, aber wir müssen uns nach der Decke strecken und ich bin froh, dass wir konkrete Beauftragungen auslösen können, sodass dann auch Produkte durch ZenDiS generiert werden.

Abg. **Anke Domscheit-Berg** (DIE LINKE.): Die nächste Frage betrifft den Betrieb der Netze des Bundes (NdB). Dort steht in der Titelgruppe „In den Netzen des Bundes sind bereits etliche NdB-Komponenten veraltet (End-of-Life beziehungsweise End-of-Service)“. Überrascht hier wahrscheinlich niemanden. Wissen wir auch schon länger. Aber was genau heißt dann eigentlich etliche? Also wie viele denn? Würden Sie die Netze des Bundes als ausreichend sicher bezeichnen? Ich habe da meine eigene Meinung. Und wenn das so ist, wie es wahrscheinlich ist, warum bekommt es dann 45 Millionen Euro weniger?



StS **Dr. Markus Richter** (BMI): Die Netze des Bundes sind den wachsenden Anforderungen nicht gewachsen. Sie sind tatsächlich in die Jahre gekommen, historisch gewachsen, auch aus unterschiedlichen Netzen zusammengeschaltet. Die Aufgabe ist es deswegen, eine neue Realisierung aufzusetzen. Dadurch, dass keine zentrale Finanzierung vorgesehen ist, sind wir aktuell dabei, eine dezentrale Finanzierung der einzelnen Entitäten auszuarbeiten und zu entwickeln, sodass diejenigen, die auf das neue Netz gehen, auch Geld mitbringen.

Abg. **Anke Domscheit-Berg** (DIE LINKE.): Das heißt, es versteckt sich in irgendwelchen anderen Titeln noch etwas. Eine Frage habe ich noch. Im Bereich Mobilfunkstandards steht „Hier ist eine eigene Mitarbeit durch die Zentrale Stelle für Informationstechnik im Sicherheitsbereich (ZITiS) erforderlich, um die Interessen der deutschen Sicherheitsbehörden aktiv in den internationalen Gremien einzubringen und im Sinne der deutschen Sicherheitsbehörden Einfluss auf die Ausgestaltung der Standards zu nehmen“. Was sind denn die Interessen der deutschen Sicherheitsbehörden, und in welcher Form findet die Mitarbeit statt? Schicken diese regelmäßig Mitarbeiter in die Gremien?

StS **Dr. Markus Richter** (BMI): Die Ressorts, auch das BMI, sind in Standardisierungsgremien vertreten, und es geht darum, dass, wenn neue Frequenzbänder entwickelt und weiterentwickelt werden, sich dann gleich Standards wiederfinden, die auch eine Nutzung durch Sicherheitsbehörden ermöglichen.

Abg. **Anke Domscheit-Berg** (DIE LINKE.): Meine Frage war ja, was sind die Interessen? Ich nehme es gerne schriftlich. Was sind konkret die Sicherheitsinteressen oder die deutschen Interessen der Sicherheitsbehörden und wo arbeiten die genau mit in den internationalen Gremien? Einfach schriftlich hinterher.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank, also eine schriftliche Ergänzung und die zweite Runde macht jetzt auch Dr. Jens Zimmermann von der SPD.

Abg. **Dr. Jens Zimmermann** (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Ich würde auch gerne an Herrn Richter meine Frage richten. Bund und Länder haben sich im Rahmen der deutschen Verwaltungs-Cloud-Strategie – auch vor dem Hintergrund der digitalen Souveränität – für eine Multi-Cloud-

Strategie entschieden, und mich würde interessieren, wie ist der Stand der Umsetzung? Gibt es auch konkrete Festlegungen der Ausgestaltung? Wie sieht der Zeitplan aus, auch im Kontext der Haushaltsplanung?

StS **Dr. Markus Richter** (BMI): Wir haben im August dieses Jahres ein Umsetzungsprojekt auf Basis dieser Strategie gestartet, zusammen mit den Ländern. Die Planung ist, dass wir noch im weiteren Verlauf des Jahres erste Erkenntnisse aus diesem Umsetzungsprojekt generieren, die in die Weiterentwicklung der Cloud-Strategie und vor allem der Governance fließen. Das Wesentliche ist ja, dass wir eine Entität haben – im Augenblick in dem Projekt GovDigital – das die Koordinierung der verschiedenen Bedarfe übernimmt für die Dienstleister, sodass man keine zu großen Log-in-Effekte generiert, aber einen offenen Zugang auf verschiedene Stakeholder, die Cloud-Dienste anbieten.

Abg. **Dr. Jens Zimmermann** (SPD): Vielen Dank. Sie hatten es vorhin schon angesprochen, das ganze Thema rund um digitale Identitäten. Werbekampagne ist vielleicht das eine. Aber die Frage jetzt beim weiteren Rollout, bei dem ganzen Prozess: Was sind aus BMI-Sicht jetzt die Prioritäten im Ablauf? Wir haben über Smart-eID gesprochen, aber wo sind auch finanziell die Prioritäten?

StS **Dr. Markus Richter** (BMI): Es ist so, dass wir an die erste Stelle tatsächlich den eID-Server nehmen, denn das ist die Kernkomponente, die ein skalierungsfähiges System darstellt. Das ist auch das, was uns am Anfang der Einmalzahlung für Studierende Probleme bereitet hat. Das heißt, wir haben die Architektur dort anzupassen und auch ein Software Development Kit (SDK) aufzusetzen, das es ermöglicht, sehr leicht die Applikationen in Bestandsumgebungen zu integrieren, zum Beispiel für den Bankensektor. Das ist absolut Priorität. Das ist Maschinenraum, das sieht man leider draußen nicht so. Natürlich aktualisieren wir gerade die AusweisApp2, um die Userfreundlichkeit zu erhöhen. Das wird auch noch dieses Jahr stattfinden und Wallet und das andere hatte ich vorhin schon kurz dargestellt. Aber der Server selbst und die Architektur stehen absolut im Vordergrund. Das ist auch das kostenintensive.



Abg. **Dr. Jens Zimmermann** (SPD): Vielen Dank. Wie generiert man Ausgabenreste? Das würde mich noch einmal interessieren.

StS **Dr. Markus Richter** (BMI): Meilensteine von Projekten strecken.

Abg. **Dr. Jens Zimmermann** (SPD): Gut, vielen Dank.

Die **Vorsitzende**: Franziska Hoppermann für die CDU/CSU.

Abg. **Franziska Hoppermann** (CDU/CSU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Meine Fragen richten sich an das BMWK. Ich möchte auf das Thema Games zurückkommen. Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, um die Games-Branche international wettbewerbsfähiger zu machen, wenn die Förderung jetzt de facto für 18 Monate nicht möglich ist?

Dr. Anna Christmann (BMWK): Vielen Dank und Entschuldigung für die Verspätung. Das lag an der Raumfahrtstrategie, die im Plenum besprochen wurde. Dort konnte ich leider nicht früher gehen. Das hätten die Kolleginnen und Kollegen dort selten gefunden. Aber zur Frage: Wir streben genau an, aufgrund der Herausforderungen, die wir jetzt mit dem System sehen, dass zwischendurch die Antragsstopps da sind, dass wir bei der Games-Förderung stärker dazu hingehen wollen, um das, was auch für andere Startups, Unternehmensgründungen hochrelevant ist, auch stärker für die Games-Branche anzuwenden. Wir haben die Startup-Strategie der Bundesregierung, wo wir viele Finanzierungsinstrumente drin haben. Das ist ein Prozess, in dem wir jetzt sind, noch einmal zu schauen, an welcher Stelle passen diese Instrumente auch für die Games-Branche, wo gibt es Hürden, und die im Zweifelsfall aus dem Weg zu räumen.

Abg. **Franziska Hoppermann** (CDU/CSU): Wie bewertet das BMWK die Kürzungen im Games-Titel? Was für Gespräche hat es mit dem BMDV und mit dem BMF dazu gegeben?

Dr. Anna Christmann (BMWK): Es gibt keine Kürzungen im Titel, sondern es gab Aufwüchse in der Vergangenheit, die so nicht fortgeschrieben werden können. Wir haben das Interesse, die Games-Branche so gut es geht zu unterstützen. Die Frage ist jetzt, was sind die effektivsten Mittel? Wir haben die Begrenzungen im gesamten Haushalt bei

verschiedenen Themen. Das betrifft in dem Fall auch Games, dass wir da nicht einen höheren Ansatz anbieten können, aber schauen deswegen in der Gesamtheit, wie gerade ausgeführt, welche Bedürfnisse denn diese Startups in dem Bereich, Unternehmen insgesamt, haben, um zu wachsen. Dort geht es um das Wachstumskapital und um öffentliche Fonds, die wir gerade aufgebaut haben, und dass wir schauen, in welcher Weise passen diese. Dafür sind wir im Austausch auch mit dem Verband.

Abg. **Franziska Hoppermann** (CDU/CSU): Haben Sie eine Flexibilität und Deckungsfähigkeit zwischen den Titeln beim BMF beantragt?

Dr. Anna Christmann (BMWK): Es geht nicht darum, diese Instrumente dann spezifisch nur für Games zu machen, sondern diese Instrumente sind da und wir schauen, wo es Hürden gibt. Dass man sagt, diese sind nicht passgenau, sodass Games-Unternehmen gegebenenfalls nicht partizipieren könnten. Dann schauen wir uns das an. Dort sind keine Titel-Umschichtungen notwendig, sondern wir schauen einfach die verschiedenen Finanzierungsinstrumente an, wo es Hürden geben könnte, dass die Games-Branche dort bisher nicht profitieren würde.

Abg. **Franziska Hoppermann** (CDU/CSU): Dann habe ich noch eine andere Frage. Worauf führt das BMWK denn die Mittelabnahme im Kapitel Digitale Agenda zurück?

Marco-Alexander Breit (BMWK): Ich habe ein Beispiel aus der KI. Die KI-Mittel, die aus dem Konjunkturpaket kamen, die gehen einfach zurück, da der große Teil der Gelder schon in den Jahren 2022 und 2023 ausgezahlt worden sind, wird das automatisch geringer.

Abg. **Franziska Hoppermann** (CDU/CSU): Das heißt, Sie sehen dort auch keinen weiteren Bedarf in der Höhe?

Dr. Anna Christmann (BMWK): Wir sehen hier, dass wir an einigen Stellen das, was in den Konjunkturprogrammen dazugekommen ist, so jetzt nicht ohne Weiteres weiterführen. Insgesamt hat man schon gesehen, dass wir die Digitalisierungsausgaben, wenn man auch gerade die Mikroelektronik dazu nimmt, natürlich gesteigert haben. Das ist wichtig, im Gesamtkontext zu sehen, dass digitale Souveränität, digitale Technologien für uns



eine sehr hohe Priorität haben, was sich in der Gesamtsumme widerspiegelt. Aber es ist richtig, dass wir in jedem einzelnen Technologiebereich quasi noch Potenzial hätten, noch weitere Instrumente aufzubauen. Dort prüfen wir, was uns im Rahmen von Prioritätensetzungen möglich ist. Das hat Herr Breit schon gesagt, zum Beispiel bei dem Programm Digital Jetzt, wie wir das stärker auf KI und Mittelstand ausrichten können, sodass wir dort solche Technologien im Blick haben.

Die **Vorsitzende**: Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sabine Grützmaker.

Abg. **Sabine Grützmaker** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. Ich hätte Fragen zum Einzelplan 06. Die Cybersicherheitslage ist nach wie vor auf einem kritischen Niveau und auch das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) ist von Kürzungen betroffen. Können Sie einmal darstellen, was die Kürzungen für die Arbeit des BSI konkret bedeuten?

StS **Dr. Markus Richter** (BMI): Kürzungen sind dort nicht vorgesehen. Das ist im Grunde genommen auch dort ein Nichtfortführen von Aufwüchsen. Das BSI ist ausgestattet für die Aufgaben, die es jetzt hat. Die große Herausforderung wird im nächsten Jahr kommen, wenn die NIS-2-Richtlinie umgesetzt wird, denn dort kommen erhebliche und zusätzliche Aufgaben auf das BSI zu. Die werden sich jetzt im nächsten Jahr noch nicht konkretisieren. Das Gesetz ist noch gar nicht verabschiedet, aber in den Folgejahren wird das noch einmal mehr Bedarfe auslösen.

Abg. **Sabine Grützmaker** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. Wir hatten gerade die AusweisApp2. Dort wurde am Montag in der Anhörung gesagt, dass der Deutsche Blinden- und Sehbehindertenverband sich die Barrierefreiheit noch etwas besser ausgestaltet gewünscht hätte. Finden sich Gelder dafür in dem Einzelplan?

StS **Dr. Markus Richter** (BMI): Wir haben grundsätzlich Barrierefreiheit mitberücksichtigt. Allerdings habe ich das auch gehört und muss selbst dem noch einmal nachgehen: Wo sind die konkreten Bedarfe? Das kann ich jetzt nicht beziffern.

Abg. **Sabine Grützmaker** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Super, danke, dass Sie dem nachgehen. Vielen herzlichen Dank. Dann habe ich noch eine Frage zum Titel 685 10-011, zur FITKO. Wie im

Koalitionsvertrag vorgesehen, wird die finanziell deutlich gestärkt. Können Sie einmal darlegen, wofür genau diese Mittel vorgesehen sind, und können Sie zudem den zwischen Bund und Ländern vereinbarten Wirtschaftsplan kurz skizzieren? Vielen Dank.

StS **Dr. Markus Richter** (BMI): Das gemeinsame Budget soll dafür verwendet werden, dass zumindest die 15 Fokusleistungen, von denen vorhin die Rede gewesen ist, aus diesem zentralen Budget bezahlt werden. Das ist gerade erst beschlossen worden. Das wird weiter auszugestalten sein, denn unser Ansinnen bundesseitig ist, dass wir noch mehr Leistung dort hineinschieben. Denn das räumt eine ganze Menge von rechtlichen Themen aus und sorgt für viel Öl im Getriebe, wenn das an einer Stelle für alle bezahlt wird. Das Prinzip einer für alle, was wir bei der technischen Realisierung haben, auch im Finanzbereich, das ist der Schwerpunkt für dieses zentrale Budget bei der FITKO.

Abg. **Sabine Grützmaker** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. Dann hätte ich zu ZenDiS noch eine Frage. Im Titel 532 12 findet sich „Sonstiges 10,8 Millionen Euro“. Was verbirgt sich denn unter „Sonstiges“?

StS **Dr. Markus Richter** (BMI): Unter „Sonstiges“ sind mehrere Punkte enthalten. Dazu gehört auch die Next-Förderung zum Beispiel. Das ist dieses Jahr, Entschuldigung. Aber das können wir noch einmal darstellen. Das können wir noch einmal aufschlüsseln.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Dann für die FDP Maximilian Funke-Kaiser.

Abg. **Maximilian Funke-Kaiser** (FDP): Vielen Dank. Meine Frage geht an die Kollegin Christmann. Jetzt wissen wir alle, dass Künstliche Intelligenz eines der großen Themen ist. Das ist auch für jedes Unternehmen in Deutschland sehr wichtig, auch im Sinne der Transformation. Es gibt sehr unterschiedliche Möglichkeiten. Sie haben die Förderprogramme schon angesprochen, die darauf umgestellt werden, was ich sehr gut finde. Sie haben auch noch den KI-Innovationswettbewerb, wo Sie bereits etwas in die Wege geleitet haben. Vielleicht könnten Sie darauf eingehen, nähere Details geben und auch beschreiben, wie dieses Projekt Deutschland dabei hilft, zu einem führenden KI-Standort zu werden.



Dr. Anna Christmann (BMWK): Vielen Dank. Wir teilen auch ausdrücklich die Bedeutung von KI in diesen Zeiten. Das ist jetzt auch nicht neu, aber durch ChatGPT sicherlich noch einmal neu aufgenommen. Wie dargestellt, haben wir die verschiedenen Instrumente. Einerseits ist wichtig dieser Mittelstandsfokus. Das sehen wir als Aufgabe als Wirtschaftsministerium, KI dort auch in die Breite, den Transfer, zu bekommen. Dann die Innovationswettbewerbe, wo wir schauen, wie wir dort auch neue Akteure und neue Technologien hineinbringen können. Zum Beispiel im Bereich Green Tech ist es ein Fokus von uns, dass wir gerade dort, wo KI auch helfen kann, ressourceneffizientere Lösungen auf den Weg zu bringen, dies mit einem gerade laufenden Green Tech-Wettbewerb umzusetzen. Der ist jetzt gerade noch im Laufen, und dort werden demnächst dann Projekte ausgewählt und kommuniziert. Insofern schauen wir, dass eben auch in der Breite dort, wo KI einen unmittelbaren Mehrwert machen kann, diese Chancen auch genutzt werden.

Abg. **Maximilian Funke-Kaiser (FDP):** Meine letzte Frage etwas allgemeingültiger: Dass wir neue Unternehmen brauchen, neue Geschäftsmodelle, das ist nichts Neues, sondern etwas Altbekanntes. Sie sind im BMWK auch dafür zuständig. Vielleicht können Sie berichten, auch im Kontext der Haushaltsberatungen, welche Maßnahmen Sie ergreifen, um Startups zu fördern, vielleicht auch im KI-Kontext.

Dr. Anna Christmann (BMWK): Genau. Dort gilt etwas Ähnliches, vielleicht nur in einer anderen Größenordnung als bei den Games. Die ganze Startup-Strategie ist darauf ausgelegt, gerade digitale Technologien mit zu unterstützen, denn natürlich wissen wir, neue Technologien kommen ganz oft aus neuen Unternehmen, von Startups. Wir sehen, was sie vor allem brauchen, ist privates Kapital. Deswegen gibt es jetzt den DeepTech & Climate Fonds, ein neues Finanzierungsinstrument, das wir aufgelegt haben, das eine Milliarde Euro zur Verfügung stellt. Das ist nicht wenig. Dort sehen wir gute Möglichkeiten, gerade für Startups, die hier entstehen, dass sie hier auch bleiben und wachsen können. Wir sehen mit Unternehmen wie Aleph Alpha auch, dass das zunehmend funktioniert. Das wollen wir auch gerne weiter so unterstützen.

Die **Vorsitzende:** Vielen Dank, für die AfD-Fraktion Frau Benkstein.

Abg. **Barbara Benkstein (AfD):** Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Meine Frage geht auch an das BMWK. Im Kapitel 09-01 heißt es, „für eine souveräne Dateninfrastruktur und Künstliche Intelligenz sind Ausgaben in Höhe von 52 Millionen Euro vorgesehen, davon 10 Millionen Euro für das Dateninstitut und 42 Millionen Euro für Datenökosysteme“. Ist das als Antwort zu verstehen auf die Initiative LEAM des KI-Bundesverbandes, der Anfang 2023 die Summe von 300 Millionen Euro zur Schaffung einer deutschen, KI-geeigneten Recheninfrastruktur ins Gespräch gebracht hatte? Falls nein, führte das BMWK diese Initiative an anderer Stelle – und wenn ja, in welchem Umfang?

Dr. Anna Christmann (BMWK): Vielen Dank für die Frage. Bei dem Titel, den Sie zitiert haben, geht es um die Gaia-X Projekte. Das sind laufende Projekte zur besseren gemeinsamen Datennutzung und -bereitstellung. Beim Dateninstitut, wie von Ihnen erwähnt, geht es nicht um die Recheninfrastruktur. Wie aus der Studie, die wir beauftragt hatten, hervorgegangen ist, haben wir in Deutschland einen hohen Bedarf an einer KI-fähigen, kommerziellen Recheninfrastruktur. Deshalb sind wir in dem Bereich mit der Industrie sehr intensiv im Gespräch darüber, dass wir dort eine gemeinsame Anstrengung brauchen, von öffentlicher und privater Seite, um diese Investitionen zu hebeln und dann diese Recheninfrastruktur auch in Deutschland aufzubauen. Denn wir haben da in der Tat eine hohe Abhängigkeit, und es ist auch für Startups in dem Bereich natürlich wichtig, dass die hier auch Rechenmöglichkeiten haben. Insofern sind wir an dieser Initiative dran, die spiegelt sich aber derzeit noch nicht im Haushalt wider.

Abg. **Barbara Benkstein (AfD):** Okay, dann noch einmal gleiches Kapitel: Für Sprunginnovation und Innovationsökosysteme sind Ausgaben in Höhe von 25,2 Millionen Euro vorgesehen, davon 16 Millionen Euro für digitale Souveränität, wo auch der Bereich Open Source-Basistechnologien mit verortet ist. Wie ist denn nach Ihrer Information der Stand beim angestrebten Open-Source-Ökosystem und wie soll es dort in Zukunft weitergehen? Gibt es bereits Anwendungen in diesem Bereich?



Dr. Anna Christmann (BMWK): Sie spielen jetzt an auf den Titel zum Sovereign Tech Fund, der noch relativ jung ist und jetzt auch erhöht werden kann zum nächsten Jahr. Ich glaube, dazu hat Marco Breit vorhin schon ausgeführt. Das andere sind die Mittel für die SPRIND Agentur für Sprunginnovation, die im BMWK hinterlegt sind, wo wir gerade innerhalb der Bundesregierung auch daran sind, der SPRIND mehr Möglichkeiten zu geben, mit dem SPRIND-Freiheitsgesetz. Neben den Haushaltsmitteln ist es dort auch ganz wesentlich, dass die SPRIND vor allen Dingen frei agieren kann, zum Beispiel auch in Unternehmen investieren kann, was wir gerade aus dem BMWK sehr positiv mitbegleitet haben. Das sind die beiden Titel, aus denen sich das zusammensetzt.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank, und dann kommen wir zu DIE LINKE., Anke Domscheit-Berg.

Abg. **Anke Domscheit-Berg** (DIE LINKE.): Ich muss aus Neugier zum BSI jetzt doch noch eine Frage an das BMI richten. In meiner Aufzeichnung vom 20. September 2023 steht: Bei der Befragung der neuen Präsidentin des BSI, wie es mit dem Haushaltsthema aussieht, sagte sie, die Haushaltsmittel seien ein sehr ernstes Thema, es reiche bei Weitem nicht, man bräuchte einen Befreiungsschlag und müsse in dies und jenes investieren. Auf Nachfrage sagte sie, es fehlen so ungefähr 38 Millionen Euro.

StS **Dr. Markus Richter** (BMI): Ja, auch dort, wie gesagt, keine Kürzung. Es ist die Frage, wie viele Ausgabereise generiert werden. Uns würde tatsächlich sehr helfen, wenn dieser Kappungsbeschluss zum Beispiel fallen würde, dann wäre schon auch viel Abhilfe geschaffen. Aber die Decke ist eng, wir müssen uns strecken.

Abg. **Anke Domscheit-Berg** (DIE LINKE.): Sie sagt, viele Aufgaben könne sie nur rudimentär erfüllen, und bei der IT-Sicherheit ist dies ein mäßig glücklicher Ansatz. Aber jetzt zum BMWK: Bei Titelgruppe 02, digitale Agenda, dort ist viel gekürzt, aber noch einiges drin. Welche Projekte und Titel werden hier in welcher Höhe mit Bezug zu a) Nachhaltigkeit sowie b) Open Source finanziert? Ich nehme es auch nachgereicht, wenn es jetzt ad hoc nicht geht.

Marco-Alexander Breit (BMWK): Ja, vielen Dank. Ich muss kurz auf die Liste zugreifen. Kürzungen, wie gesagt, gibt es nicht im sinnvollen Kantenmaß,

sondern es ist ein Auslaufen von Mitteln.

Abg. **Anke Domscheit-Berg** (DIE LINKE.): War nicht mein Fokus.

Marco-Alexander Breit (BMWK): Nachhaltigkeit hat Anna Christmann eben schon ausgeführt, der sogenannte Green Tech-Wettbewerb, der sich derzeit in der Auswahl von Projekten und dann bald in der öffentlichen Kommunikation der ausgewählten Projekte befindet, fällt darunter. Die Souveränität ist – auch von Anna Christmann und mir vorher schon angesprochen – im Sprunginnovationen-Innovations-Ökosystem zu finden, denn das sind die Mittel für den Sovereign Tech Fund. Das wäre die Antwort auf Ihre Frage. Aber das ist nicht in der Titelgruppe 2 zu finden, sondern in dem Fall in der Titelgruppe 1.

Abg. **Anke Domscheit-Berg** (DIE LINKE.): Okay, es gibt im Titel digitale Nachhaltigkeit 27,5 Millionen Euro. Mich interessiert, inwieweit dort auch Maßnahmen zur ressourcenschonenden Nutzung von Rechenzentren dabei sind. Insbesondere auch kleine Edge-Rechenzentren.

Marco-Alexander Breit (BMWK): Vielen Dank. Der Green Tech-Wettbewerb zum Beispiel ist eigentlich technologieagnostisch, wir bewerten im Rahmen von mehreren Runden mit Expertinnen und Experten eigentlich die Auswirkungen im Bereich Green Tech. Das heißt, wenn ein Vorschlag kommt in genau diese Richtung, der die Expertinnen und Experten und uns im BMWK überzeugt, dann wird der auch ausgewählt. Aber wir schreiben prima facie nicht vor, dass wir jetzt an dieser Stelle ansetzen, sondern wir wollen das breiter machen, denn wir wollen niemandem die geistigen Früchte nehmen, die der Kreativität entspringen, wenn wir es breiter ausschreiben.

Abg. **Anke Domscheit-Berg** (DIE LINKE.): Im Titel souveräne Dateninfrastruktur und KI steht in den Erläuterungen, dass es um die konkrete Umsetzung von Open Source-Technologie, KI-Anwendungen und Datenräumen durch die Bundesregierung geht. Mich interessiert, in welchem Verhältnis werden die Mittel – 52 Millionen Euro – für KI, Open Source und Datenräume dort aufgeteilt?

Marco-Alexander Breit (BMWK): Das müssten wir nachliefern, denn das kommt darauf an, wie man die Vielzahl von Gaia-X Projekten – das sind über



zwölf – aufteilt auf die einzelnen Dinge. Das wüsste ich jetzt aus dem Kopf auch nicht. Das müssten wir dann labeln und Ihnen nachliefern.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank. Das heißt, wir bekommen noch etwas nachgeliefert. Danke fürs Kommen. Wir nehmen den Bericht zur Kenntnis und hoffen, dass die Gelder fließen und die Bereinigungssitzung vielleicht noch das eine oder andere rausholt für die Digitalisierung.

Der Ausschuss erwartet einen ergänzenden Bericht des Bundesministeriums des Innern und für Heimat und des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz bis zur 45. KW.

Tagesordnungspunkt 6

Antrag der Fraktionen der CDU/CSU

**Schiene in die Zukunft führen –
Deutsche Bahn AG neu aufstellen**

BT-Drucksache 20/7350

Vertagt.

Tagesordnungspunkt 7

**Der neue europäische Rahmen für urbane
Mobilität**

**Entschließung des Europäischen Parlaments vom
9. Mai 2023 zum neuen europäischen Rahmen für
urbane Mobilität (2022/2023(INI))**

P9_TA(2023)0130

Der Ausschuss empfiehlt Kenntnisnahme.

Tagesordnungspunkt 8

Verschiedenes

Die **Vorsitzende**: Wir kommen zu TOP 8 „Verschiedenes“. Ich überfalle jetzt Tobias, aber Du warst beim Internet Governance Forum (IGF). Vielleicht magst du kurz berichten.

Abg. **Tobias Bacherle** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das kann ich sehr gerne machen. Das IGF findet immer noch in Kyoto statt. Der Parliamentary Track ging über zwei Tage, am Day Zero, also Sonntag, und nach der Eröffnungszereemonie, wo Antonio Guterres per Grußvideo und

der japanische Ministerpräsident vor Ort waren, wurde dann fortgesetzt. Ich habe hauptsächlich am Parliamentary Track teilgenommen. Dazwischen war leider nicht viel Zeit, um noch an anderen Sessions teilzunehmen, aber er hatte drei Veranstaltungen: Einen zu Data Governance, einen zu AI (Artificial Intelligence) und einen zu Desinformation und noch einmal einen größeren Roundtable auf der Mainstage zu KI Governance. Das Internet Governance Forum dieses Jahres beschäftigt sich auch sehr viel mit Künstlicher Intelligenz. Die Frage von generativer Künstlicher Intelligenz hat vor allem mit der Desinformation zu tun. Das hat vor allem in der Desinformation Session eine große Rolle gespielt. Man darf nicht vergessen, der Parliamentary Track ist von der Interparlamentarischen Union (IPU) mit organisiert. Dort sind alle IPU-Mitglieder eingeladen. Entsprechend clast es dort auch ein bisschen in den Ansichten. Nichtsdestotrotz mit wenigen Ausreißern – zum Beispiel eines iranischen Abgeordneten – würde ich sagen, ist es so, dass es sehr viele Parlamentarierinnen und Parlamentarier weltweit umtreibt, auf der einen Seite, wie man mit explizit und absichtlich generierten Fake News umgehen kann. Auf der anderen Seite haben sich aber auch erstaunlich viele Abgeordnete aus hybrid bis autoritären Staaten zu Wort gemeldet und gewarnt, wie man denn diese Freiheit des Internets auch noch erhalten kann und die Informationsfreiheit nicht nur sicherstellen kann, sondern eigentlich auch wieder besser sicherstellen kann als bisher. Von dem her das richtige Format auf dem Internet Governance Forum als Multistakeholder Forum. Großes Thema war auch der Global Digital Compact. Natürlich gab es eine gewisse Verunsicherung in der Multistakeholder Community, inwiefern dort eine Konkurrenzveranstaltung womöglich passieren soll. Ein sehr klares Statement: Das Internet Governance Forum ist der richtige Ort. Man sollte eher Wirtschaft und auch parlamentarische Politik in der Teilnahme stärken und nicht noch ein zusätzliches Forum an der Stelle aufbauen. Das sind die wichtigsten Eindrücke. Natürlich wurde die europäische Präsenz abseits des Europäischen Parlaments auch angesprochen, dass die größer hätte sein können. Gerade in den KI-Debatten ist das sehr wichtig. Es wird nach Brasilien und nach Europa geschaut, mit den großen Gesetzgebungsakten. Es wird aber auch die Frage gestellt, was passiert eigentlich mit den sehr vielen internatio-



nen Aktionen, die gerade aufgerufen worden, sei es Hiroshima-Prozess, Code of Conduct im Rahmen des Trade and Technology Councils (TTC) oder auch das High-Level-Panel, das der UN-Generalsekretär anleiten möchte. Dort hat sich umso mehr die Frage gestellt, wo können Parlamentarierinnen und Parlamentarier eine Übersicht bekommen über alles, was gerade passiert? Am Ende ist die Antwort, das ist eigentlich der richtige Punkt. Es kristallisiert sich heraus, dass von G7-Seite und der Seite, die gerade noch mehr für die Freiheit des Internets kämpft, der G7-Prozess, Hiroshima-Prozess, an Relevanz gewinnt. Aber nichtsdestotrotz war das eigentlich der Ort, um diese Diskussion zu führen. Es wäre wünschenswert, wenn es eine breitere Beteiligung gibt. Es wurde von vielen Seiten darauf gedrängt. Persönlich sage ich auch, es wäre sinnvoll gewesen, dort länger zu bleiben, auch wenn ich mich freue, heute hier bei Euch zu sein. Es ist so, dass der Prozess des IGF und viele wichtige Sessions, wo man jetzt keine parlamentarische Präsenz mehr aus Deutschland hat, auch erst in diesen Tagen stattfinden.

Die **Vorsitzende**: Vielen Dank, Tobias Bacherle. Schön, dass Du das wahrnehmen konntest. Wir sind alle daran interessiert, dass wir im nächsten Jahr doch eine Delegation schicken können. Vielen Dank für Deinen Bericht. Gibt es noch Fragen zu dem Bericht? Das ist nicht der Fall.

Tagesordnungspunkt 9

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Fünften Gesetzes zur Änderung verwaltungsverfahrenrechtlicher Vorschriften (5. VwVfÄndG)

BT-Drucksache 20/8299

Vertagt.

Schluss der Sitzung: 18:02 Uhr

Tabea Rößner, MdB

Vorsitzende

Tagesordnungspunkt 10

Gesetzentwurf der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Lobbyregistergesetzes

BT-Drucksache 20/7346

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Annahme des Änderungsantrages auf der A-Drs. 20-G-54.

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. die Annahme des Gesetzentwurfs auf BT-Drucksache 20/7346 in geänderter Fassung.

Die **Vorsitzende**: Ich verweise auf die nächste Ausschusssitzung in der kommenden Woche, am 18. Oktober 2023, mit der Doppelsitzung mit der öffentlichen Anhörung ab 14.30 Uhr. Damit ist die 45. Sitzung des Ausschusses für Digitales geschlossen. Vielen Dank.